Nr. 59 / Einzelpreis 10 Pfennig

Halle (Saale), Mittwoch, den 11. März 1925

Volksblatt

Das „Volksblatt" erscheint jeden Werktag; Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit." Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt" ist das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung: Harz 42/44, Hofgebäude zwei Treppen. Fernsprech-Anschluß 4667. Persönl. Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,— Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mark ab Postamt oder gegen Einsendung, 2,30 Mark mit Bestellgeld, am Postamt abonniert 2,40 Mark. Anzeigenpreis: 10 Pfg. im Anzeigen- und 50 Pfg. im Reklameteile b. Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/44. Fernruf 4606. — Zweigstelle: Gr. Ulrichstraße 27. — Postscheckkonto 20319. Erfurt

Braun trotzalledem!

„Persönlich untadelig." / „Wirklich würdiger Regierungschef." „Der kluge, bedachte und charaktervolle Mann."

Demokratische Zwiespältigkeit

+ Halle (Saale), 11. März.

Nach einer gezirkelten Meldung hat der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold beschlossen, Hörsing nach Berlin zu entsenden, um dort mit den Vorständen der drei republikanischen Parteien eine gemeinsame Kandidatur zur Reichspräsidentenwahl zu besprechen. Wir wollen vorausschicken, daß das nicht nur das gute Recht, sondern auch die Pflicht des Reichsbannervorstandes ist, da die Aufgabe, die sich das Reichsbanner gestellt hat, in erster Linie in der Zusammenfassung des gesamten Republikanertums besteht.

Nichtsdestoweniger sind wir nicht davon überzeugt, daß der Schritt des Bundesvorstandes, wie die Dinge nun einmal liegen, von Erfolg begleitet sein wird. Wir halten es für ausgeschlossen, daß die Sozialdemokratische Partei ihren Kandidaten zurückzieht, und wir halten es für ausgeschlossen, das Zentrum und Demokraten, die in den letzten Tagen die sozialdemokratische Sonderkandidatur aufs heftigste bekämpft haben, sich nun mit einemmal auf Otto Braun gemeinsam mit der Sozialdemokratie einigen. Natürlich hätten wir nichts dagegen einzuwenden, wenn die Parteikandidatur Braun zu einer Sammelkandidatur Braun würde. Eigentlich sollten auch Demokraten und Zentrum nichts dagegen einzuwenden haben.

Nachdem Theodor Wolff am Montag den „taktischen Fehler" der Sozialdemokratischen Partei beklagt, schüttet er ein wahres Füllhorn von Lobeserhebungen über Braun aus. Die „Vossische Zeitung" gibt dem „Berliner Tageblatt" nichts nach. Und erinnern wir uns nicht jenes vortrefflichen Artikels der „Frankfurter Zeitung", abgedruckt in der Nummer 50 des „Volksblatt", wo Otto Braun geradezu als das Ideal eines republikanischen Repräsentanten gefeiert wird? So hieß es dort:

„Otto Braun war auch später als Ministerpräsident nicht nur der kluge Politiker und zähe Verteidiger und Ausbauer der republikanischen Position, der oft genug auch in taktischen Momenten die Reichspolitik entscheidend im republikanischen und demokratischen Sinne beeinflußt hat. Er wußte auch den Staat zu repräsentieren. Ein trotzdem nie in Selbstüberhebung ausartendes Selbstbewußtsein, eine körperliche imponierende Erscheinung, die Kunst, Distanz zu halten und seine persönliche Untadeligkeit, an die auch in dieser verleumdungsreichen Zeit kein Schmutzspritzerchen herankam — all das stempelte ihn zum wirklichen würdigen Regierungschef, der nicht gezwungen oder linkisch, sondern mit zielbewußter Selbstverständlichkeit auftrat und Respekt erzwang. . . . Braun, der durchaus konstruktive politische Kopf, der kluge, bedachte und charaktervolle Mann, ebenso wie Severing einer der besten Repräsentanten der geistigen Kräfte der deutschen Arbeiterschaft und ein Beweis für die in ihr schlummernden Möglichkeiten, **muß bald wieder synthetische Arbeit an verantwortlicher Staatsstelle leisten können."**

Kann es also einen würdigeren Reichspräsidentschaftskandidaten geben als unsern Otto Braun? Oder gibt es vielleicht eine Stelle, wo die Möglichkeit zu synthetischer Arbeit größer wäre als die des Reichspräsidenten? Die Demokraten, die heute über taktische Ungeschicklichkeit der Sozialdemokratie zetern, mögen sich den Artikel der „Frankfurter Zeitung", den sie ja zweifellos akzeptieren, nur recht gründlich durchlesen.

Das Eigentümliche allerdings ist, daß die „Frankfurter Zeitung" seit Auftreten Otto Brauns plötzlich die Sprache verloren hat und nur noch durch den Mund ihres Berliner Vertreters ab und zu Zeichen der Stellungnahme zur Frage der sozialdemokratischen Kandidatur von sich gibt. Schwache Zeichen, sehr schwache Zeichen, die natürlich auch von „taktischer Unklugheit" der Sozialdemokratie widertönen. Aber wir verstehen die „Frankfurter Zeitung". Es ist preiswerter, einen Arbeiter zu loben, als die Kosten seiner Schilderhebung zu tragen.

Wir wollen heute nicht untersuchen, was die Sozialdemokratische Partei getan hätte, wenn die bürgerliche Demokratie und das entschiedene bürgerliche Republikanertum einen Republikaner großen Formats rechtzeitig präsendiert hätten. Diese Frage ist heute von untergeordneter Bedeutung, weil sie von der Entwicklung überholt worden ist. Aber ganz entschieden müssen wir die Bemerkungen der Berliner Presse zurückweisen, daß beispielsweise Marx als Sammelkandidat für den ersten Wahlgang mehr republikanische Stimmen auf sich vereinigen würde als Otto Braun. In einer Berliner Zeitung wird von den verschiedensten Schattierungen des Republikanertums, darunter auch von sogenannten dunkelgetönten Republikanern gesprochen. Gemeint sind damit wahrscheinlich jene Elemente, die der Republik nicht ganz fern stehen, aber auch nicht den Mut und die Entschlußkraft besitzen, sich zu ihr zu bekennen und für sie öffentlich einzutreten. Es ist wahrscheinlich, daß für diese Kreise Marx gegenüber Braun der geeignetere Kandidat ist. Auf der anderen Seite aber steht fest, daß das gesamte Linksrepublikanertum bei der Wahl zwischen Marx und Braun keinen Moment zögert, in das Lager von Braun überzugehen. Darüber hinaus muß betont werden, daß eine Sammelkandidatur Marx im ersten Wahlgang des namentlich in der Sozialdemokratie vertretene entschiedene Republikanertum einmal vor den Kopf gestoßen und nicht nur vereinzelt zur Passivität im Wahlkampfe verleitet hätte. Wir lassen es dahingestellt, ob die Ausschaltung der unsicheren Kantonisten oder die Brüskierung der sicheren Kantonisten zweckmäßiger ist.

Zum Schluß ist für die Sozialdemokratie aber auch noch die Ueberlegung maßgebend, daß die Reichspräsidentschaftswahl keine Wahl wie jede andere ist, sondern in der Gruppierung der Wählerschaft sehr wahrscheinlich Ueberraschungen bringen wird. Dazu rechnen wir die Möglichkeit, daß nicht unerhebliche Teile der sich im Krisenzustand befindenden KPD. samt ihrem Anhang sich auf die Seite des sozialdemokratischen Arbeiterkandidaten schlagen werden. Diese Wahrscheinlichkeit hätte bei einer Kandidatur Marx als Sammelkandidaten des ersten Wahlganges nicht bestanden.

Im übrigen haben weder Zentrum noch Demokraten, die zusammen noch nicht einmal das aufbringen, was die Sozialdemokratie allein an Stimmen aufbringt, Ursache, sich über die Taktik der SPD. zu beschweren. Lag ihnen an einen Sammelkandidaten so hätten sie der SPD. Vorschläge machen können. Tatsache ist, daß beide Parteien noch nicht einmal zur Stunde offiziell ihre Männer genannt haben.

Braun / Marx / Jarres.

Der demokratische Vorschlag erledigt.

Der Reichstag hat am Dienstag das Gesetz über die Stellvertretung des Reichspräsidenten in dritter Lesung verabschiedet. Am Mittwoch wird dieses Gesetz im Reichsgesetzblatt verkündet. 24 Stunden später, also am Donnerstag, gehen alle Rechte des verstorbenen Reichspräsidenten auf den Präsidenten des Reichsgerichts Dr. Simons als Stellvertreter über. Simons muß, bevor er das Amt antritt, vor dem Reichstag den verfassungsmäßigen Eid leisten. Dazu dürfte er voraussichtlich schon am Donnerstag Gelegenheit haben. Seine Stellvertretung endet mit dem Amtsantritt des vom Volk gewählten neuen Präsidenten.

Als solcher kommt Dr. Simons nicht in Frage. Es war vorauszusehen, daß der Brief der Demokraten, in dem Dr. Simons als Kandidat aller bürgerlichen Parteien vorgeschlagen wurde, insbesondere auf der äußersten Rechten seine Wirkung verfehlte. In diesem Lager spricht man zwar immer von überparteilichen Persönlichkeiten, aber man sucht einen abgestempelten Mann, der sich von vornherein für einen bestimmten politischen Kurs verpflichtet. Diese Voraussetzung erfüllt der Duisburger Oberbürgermeister Dr. Jarres in dem Maße, wie es die Rechte wünscht, so daß den Verhandlungen, die am Mittwoch zwischen den Demokraten, dem Zentrum und den Rechtsparteien über die Präsidentenwahl stattfinden sollen, nur formelle Bedeutung zukommt. Es ist z. B. so gut wie sicher, daß die Volkspartei auf Dr. Jarres nicht verzichten wird, während die Demokraten nicht für ihn stimmen und das Zentrum Dr. Marx als eigenen Kandidaten präsentiert. So kann dem Versuch des Bürgertums, einen gemeinsamen Kandidaten zu nominieren, nur ein negativer Ausgang beschieden sein.

Die endgültige Entscheidung der Zentrumspartei über die Kandidatur Marx wird am Mittwoch durch den Parteiausschuß und die Fraktionsvorstände gefällt. Ihr dürfte insofern ebenfalls nur formelle Bedeutung zukommen, als die Kandidatur Marx so gut wie sicher ist und der jetzige preußische Ministerpräsident sich schon bereit erklärt hat, einen entsprechenden Auftrag anzunehmen. Dr. Marx wird also als preußischer Ministerpräsident für die Reichspräsidentschaft kandidieren.

Seeckt dankt.

Berlin, 11. März. (Radiomeldung.)

Neuerdings wird bekannt, daß der von den Rechtsparteien ebenfalls als Reichspräsidentschaftskandidat in Aussicht genommene General v. Seeckt in Wirklichkeit der Kandidat des Jungdeutschen Ordens ist. Der Loebellsche Ausschuß hat sich mit der Kandidatur selbst bereits befaßt und, wie es heißt, „**die Darlegungen für eine solche Kandidatur voll gewürdigt**". Es verlautet aber, daß **Seeckt sich für seine Kandidatur zur Verfügung stellt und der Vorschlag, ihn für die Reichspräsidentschaft aufzustellen, infolgedessen nur zeitweise ernsthaften Charakter getragen hat.**

Amerikas Botschafter in Berlin. Die amerikanische Regierung hat nunmehr Gould Schurmann für den Berliner Botschafterposten bestimmt. Das Agrement ist bereits offiziell bei der deutschen Regierung nachgesucht worden.

Ein Stückchen Finanzskandal.

Ein neuer Untersuchungsausschuß / Graf Westarp Paul Schmidt — Darmat. / Herr von Kries und die Scharlach-Bank. / Deutschnationale Lebensmittelgeschäfte.

SPD. Durch die Zeitungen ging in den letzten Tagen eine Skandalnotiz unter der Ueberschrift: „Der verschwundene Kommerzienrat." Es handelte sich um den 35 Jahre alten sächsischen Kommerzienrat Hans Gutkowski in Firma Gustav Rohleder u. Co. A.-G., der vor einigen Tagen unter Hinterlassung umfangreicher Schulden verschwunden ist. Dieser Kommerzienrat war ein Kunde des Bankhauses Paul Schmidt u. Co., einer außergewöhnlich interessanten Firma.

Herr Paul Schmidt war ursprünglich Annoncenacquisiteur der „Kreuzzeitung". Als solcher scheint er in enge persönliche Beziehungen zu dem Geschäftsführer der „Neue Preußische (Kreuz)-Zeitung G. m. b. H.", dem Herrn Grafen Westarp, getreten zu sein. Wenigstens hat ihm Graf Westarp in verschiedenen Schreiben nachgerühmt, daß Paul Schmidt die „Kreuzzeitung" mit großem Fleiß und großer Umsicht gefördert und ihre Interessen mit außergewöhnlicher Energie gefördert habe. Diese Energie war freilich etwas eigenartiger Natur. Sie bestand darin, daß durch Vermittelung des Direktors Mosler von der Diskonto-Gesellschaft eines bekannten Deutschnationalen, Paul Schmidt durchgesetzt hat, daß die „Kreuzzeitung" im Jahre 1922 Pflichtblatt an der Zulassungsstelle der Börse in Berlin geworden ist. Die Herren Deutschnationalen sind nämlich erbitterte Feinde des internationalen Finanzkapitals, aber so ein bißchen Geld von der Börse stinkt dem Geschäftsführer der „Neue Preußische (Kreuz)-Zeitung G. m. b. H.", dem Herrn Grafen Westarp, nicht, der alle seine Geschäftsbriefe mit M. d. R. unterzeichnet.

Herr Paul Schmidt hat nun verschiedentlich Kredite aufgenommen, u. a. bei der Preußischen Staatsbank, bei der Wirtschaftsbank in Bielefeld und bei der Kreissparkasse in Lübbecke in Westfalen. Die Erlangung dieser Kredite ist Herrn Paul Schmidt durch Empfehlung des Herrn Grafen Westarp möglich geworden. Aus einem Briefe des Grafen Westarp für die Kreissparkasse in Lübbecke wird uns z. B. zitiert: „Ich kenne Herrn Paul Schmidt aus seiner Tätigkeit bei der „Kreuzzeitung" und habe hier Herrn Paul Schmidt als einen sehr zuverlässigen gewandten Herrn mit gutem Charakter kennengelernt." Es folgen Bemerkungen über die finanzielle Lage des Paul Schmidt und Mitteilungen darüber, daß er im Auftrage der „Kreuzzeitung" zur Berliner Börse zugelassen sei. Diese Kredite in Lübbecke sind Wechsel-Diskont-Kredite, die dem Kärrner-Verlag G. m. b. H. gegeben worden sind.

Auch dieser Kärrner-Verlag ist eine merkwürdig interessante Erscheinung. Soweit wir feststellen konnten, begeht diese G. m. b. H. Betrug schon dann, wenn sie einen Wechsel über den kleinsten Betrag ausstellt; denn sie ist gänzlich vermögens- und besitzlos. Der Kärrner-Verlag verfügt nicht einmal über ein eigenes Bureau, seine Geschäftsräume befinden sich vielmehr in der Privatwohnung des Herrn Paul Schmidt, Marteinstraße 11. Einziger Verlagsgegenstand des Kärrner-Verlags ist das Mitteilungsblatt des Hauptvereins der Deutsch-Konservativen, des alten konservativen Ueberbleibsels aus der Kaiserzeit. Inhaber der G. m. b. H., deren Geschäftsführer eben Herr Paul Schmidt ist, sind Graf Seyblitz-Sandretzki und — eben jener Graf Westarp, M. d. R., der dem Herrn Paul Schmidt so warmherzige Empfehlungen ausstellt. Auf diese Empfehlungen hin hat also der Kärrner-Verlag für die von Paul Schmidt unterschriebenen Wechsel den Kredit der öffentlichen Kasse bekommen; die Wechsel waren zahlbar gestellt bei der Preußischen Staatsbank. Da die Preußische Staatsbank aber in neuerer Zeit die Lust verloren zu haben scheint, für Paul Schmidt Zahlungen zu leisten, führte sich Herr Paul Schmidt in jüngster Zeit bei der Brandenburgischen Giro-Zentrale ein. Er erklärte dort, daß er Vermögensverwalter hoher und höchster Herrschaften sei, berief sich auf den Grafen Westarp und den Prinzen Oskar von Preußen und ersuchte die Brandenburgische Giro-Zentrale, die Wechsel einzulösen; er werde inzwischen ein größeres Depot bei ihr hinterlegen. Die Brandenburgische Giro-Zentrale hat sich zur Uebernahme des Geschäfts bereit erklärt; da aber das Depot nicht einging, hat sie die Wechsel, als sie präsentiert wurden, nicht eingelöst, und die Wechsel sind nun zu Protest gegangen. Wir nehmen ohne weiteres an, daß die Herren Grafen, denen der Kärrner-Verlag gehört, die Kreissparkasse in Lübbecke vor Schaden bewahren werden.

Was hat nun aber die Staatsbank veranlaßt, von Paul Schmidt abzurücken? Darüber sieht man noch nicht ganz klar, und deshalb hat die preußische sozialdemokratische Landtagsfraktion beantragt, über die Kredite des Herrn Paul Schmidt bei der Preußischen Staatsbank und besonders über die politischen Empfehlungen, durch die Herr Paul Schmidt eingeführt worden ist, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen.

Nach den bisherigen Ermittelungen scheint es so zu liegen, daß Herr Paul Schmidt unter der Firma Paul Schmidt u. Co. ein Bankhaus eröffnet hat, dem auf politische Empfehlung hin von der Preußischen Staatsbank ein größerer Kredit eingeräumt worden ist. Schmidt soll später angegeben haben, daß er die ihm gelichenen Gelder weitergegeben habe an den früheren Hofmarschall des Kaisers Graf Platen-Hallermünd, an den Prinzen Oskar von Preußen, an den Generalmajor von Stettten und an den General Buchfink oder dessen Sohn; außerdem an einige industrielle

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250311-19/fragment/page=0001

Unternehmungen. Wie dem immer sei, jedenfalls konnten die Kredite nicht rechtzeitig zurückgezahlt werden, und die Staatsbank hat mit Herrn Paul Schmidt lange Zeit über die Abdeckung des Kredits verhandelt. Referenten der Staatsbank für die Angelegenheit scheinen Herr Oberfinanzrat Rühe und Herr Staatsfinanzrat Brekenfeld gewesen zu sein. Jedenfalls hat die Sache damit geendet, daß Herr Rühe zu einer Konferenz eingeladen hat, an der außer Paul Schmidt auch teilnehmen sollten Herr Graf Westarp, Exzellenz Hergt und — Herr Henry Barmat. Denn die Barmats sollten nach dem Wunsch der Staatsbank die Ausgleichung des Kontos Paul Schmidt übernehmen. (!) Henry Barmat soll es aber abgelehnt haben, in dieses unsichere Geschäft hineinzusteigen, und so ist die Konferenz Graf Westarp-Henry Barmat wieder abgesagt worden. In neuerer Zeit soll dann der Kredit des Herrn Paul Schmidt von anderer Seite übernommen und durch neue, wenn auch etwas zweifelhafte Sicherheiten gedeckt worden sein. Jedenfalls wird es interessant und für die Geschäftsführung der Staatsbank charakteristisch sein, eingehende Auskunft über das Konto Paul Schmidt zu erhalten.

Herr Iwan Kutisker hat im Januar 1924 die Scharlach-Bank übernommen und saniert. Diese Uebernahme der Scharlach-Bank spielt bei den Staatsbankkrediten an Kutisker eine wesentliche Rolle. Es scheint nun, als ob diese Scharlach-Bank, die vor der Uebernahme durch Kutisker bankrott war, sehr merkwürdige Geschäfte mit führenden deutschnationalen Politikern gemacht hat. So findet sich z. B. in den Konten der Scharlach-Bank aus dem Sommer 1923 ein Konto von Brockhausen, ein Konto von Schröder und ein Konto von Kries. Im Briefwechsel der Scharlach-Bank befindet sich ein Schreiben, in dem die Bankleitung angewiesen wird, für Herrn von Kries Dollar zu verkaufen. Wir können nicht annehmen, daß damals, in der Zeit der strengsten Devisenverordnung, Herr von Kries tatsächlich Dollar besessen hat. Aber im Anschluß an diese Anweisung bezüglich des Dollarverkaufs heißt es: „Die Sloman und Salitrera sowie die Diamond Shares (das sind lauter Valutapapiere, die durch die Markentwertung nicht betroffen wurden) des Herrn von Kries bitte ich nicht zu verkaufen. Im übrigen wäre es wünschenswert, wenn Herr von Kries wieder einmal etwas verdiente." Da in demselben Schreiben von guten politischen Informationen die Rede ist, die die Bank von ihren Freunden erhalten hätte, wäre es gewiß notwendig, über die Beziehungen des Herrn von Kries und anderer deutschnationaler Politiker zur Scharlach-Bank des Herrn Kutisker etwas Näheres zu erfahren. Nebenbei bemerkt, dem Aufsichtsrat der Scharlach-Bank gehörten zu jener Zeit Exzellenz Göppert, Herr v. Miquel und Herr Kleefeld, der bekannte Schwager Stresemanns, an.

Die Untersuchungsausschüsse erörtern jetzt die Lebensmittelgeschäfte Barmats aus den Jahren 1919 und 1920. Darf man zur Beleuchtung dieser Fragen um Auskunft darüber bitten, ob am 10. März 1920 ein damaliger deutschnationaler Reichstagsabgeordneter einen großen Lebensmittelimport-Vertrag vermittelt und sich dafür vom Reichsernährungsministerium eine Provision von 1½ Millionen Goldmark ausbedungen hat, die auch gezahlt worden ist? Vielleicht weiß über diese Angelegenheit der damalige Ministerialdirektor Hermes, der spätere Ernährungs- und Finanzminister, Bescheid. Vielleicht könnte man darüber auch die Mitglieder der an diesem Vertrag beteiligten Kapp-Regierung vernehmen.

Wie man sieht, es gäbe in den Untersuchungsausschüssen nicht nur kleinen Klatsch zu erörtern; es gibt auch wirklich wichtige und interessante Fragen.

Der deutschnationale Moralist.

Die Deutschnationalen stellen sich plötzlich hinter ihren Moralheld Bruhn, dessen sie sich noch vor wenigen Jahren geschämt haben. Ihre Pressestelle erklärt zum Beispiel, daß die von uns gegen ihn erhobenen Vorwürfe wegen Erpressung unrichtig seien und infolgedessen ein Prozeß gegen die sozialdemokratische Presse angestrengt werden soll. Es steht vorläufig Aussage gegen Aussage, und wir bedrühen, wenn uns die Moralprediger der Rechten Gelegenheit geben, unter eidlichen Erklärungen den wahren Tatbestand festzustellen. Vorläufig fürchten wir nur, daß der Ausgang dieses Prozesses den Deutschnationalen nicht gut bekommen wird. Aber handelt es sich hier wieder um einen Scheinprozeß, der mit Rücksicht auf die Wahl angekündigt, aber nie beantragt werden oder auf dessen Durchführung nach den Wahlen verzichtet werden soll? Vielleicht unterstützt uns Herr Brüsn in der Forderung, daß sein Prozeß noch vor dem 29. März stattfindet.

Die Ausschließung des radikalen Arbeiterabgeordneten Kirkwood aus dem englischen Parlament ist am Dienstag durch einen einmütigen Beschluß des Unterhauses auf einen Antrag des Premierministers Baldwin hin wieder aufgehoben worden.

Marx wiedergewählt.

Präsident Bartels eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Minuten. Haus und Tribünen sind sehr stark besetzt. Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt:

Wahl des Ministerpräsidenten.

Die Wahl erfolgt ohne Aussprache, ist namentlich und wird durch Abgabe verdeckter Stimmzettel vorgenommen. Wie bei der letzten Wahl stimmen die Fraktionen der Weimarer Koalition, Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten, wieder für Marx. Es fehlen als krank die Abgg. Winterfeld (Dn.), Steffens (SVp.), Siebert (Soz.), Eismann (Ztr.), Effellerup (Komm.), Jordan (W. Vgg.) und Graf v. Heidorff (Dtvölk.). — Der Wahlakt, der ohne Zwischenfälle vor sich geht, wird um 2 Uhr 55 Minuten geschlossen.

Um 3¼ Uhr teilt Präsident Bartels folgendes Ergebnis mit: Es wurden abgegeben 443 Stimmzettel; unbeschrieben einer, ungültig keiner. Von den übrigen 442 Stimmzetteln beträgt die Mehrheit 222. Es haben erhalten:

Abg. Marx (Ztr.)	222
Dr. v. Richter (DVp.)	141
Pieck (Komm.)	42
Körner (Nat.-Soz.)	11
Ladendorff (W. Vgg.)	16

Marx ist damit zum Ministerpräsidenten im ersten Wahlgang gewählt. (Lebhafter Beifall in der Mitte. Zuruf der Komm.: Auf wie lange?!) Damit ist der erste Gegenstand der Tagesordnung erledigt. Ohne Aussprache werden die Anträge über die Hafftkrankheit der Aufsichtsberatung überwiesen. Das Haus tritt darauf in die zweite Beratung des Nachtragsstellenplans zum Haushalt 1924 ein.

Abg. Grzesinski (Soz.) berichtet über den Nachtragsstellenplan. Der Hauptausschuß hat den Nachtragsplan mit der Aenderung, daß er schon vom 1. Juli statt vom 1. Oktober 1924 an gelten soll, im übrigen unverändert genehmigt. Zwei Entschließungen fordern Vorschläge für die Schaffung von Beförderungs- und Aufrückungsstellen für die Amtsgehilfen sowie für die Beamten der Polizei und der Landhägerei in gleichem Umfange wie für die analogen Beamten der Reichsfinanzverwaltung und eine Gegenüberstellung der Endgrundgehälter der preußischen Beamten von 1913 mit dem 1. Dezember 1924.

Abg. Kasper (Komm.) lehnt die Vorlage ab, da sie den Ansprüchen der unteren Besoldungsgruppe in keiner Weise gerecht werde. — Darauf setzt die Haus die gemeinsame Aussprache über die Uranträge und Großen Anfragen betr. das Grubenunglück auf der Zeche „Minister Stein" fort. Von der Sozialdemokratie nimmt der Genosse Franz (Oberschlesien) das Wort. In einer ausführlichen Rede beweist er den Deutschnationalen, daß sie trotz aller schönen Reden gegen eine wirkliche Grubenkontrolle unter Mitbeteiligung der Arbeiter sind. In Oberschlesien hat z. B. ein Bergwerksdirektor den Betriebsräten jede Grubenkontrolle verweigert. Auch die Vorschriften über die Berieselung vor der Schußabgabe werden nach der Auffassung des Redners nicht ordnungsgemäß beachtet. Abschließend verweist Genosse Franz nochmals auf die sozialdemokratischen Anträge, deren Annahme einer Besserung der Grubenkontrolle diene.

Am Mittwoch wird die Aussprache über das Unglück auf „Minister Stein" fortgesetzt.

Das Zentrum mürbe?

In den Kreisen des Zentrums scheint man immer mehr Neigung zu haben, einem Beamtenkabinett in Preußen seine Zustimmung zu geben. Das geht auch aus der „Germania" hervor, die sich allerdings bei der Entwicklung nicht wohlfühlt und darum anschließend folgendes schreibt:

„Wir hegen die Zuversicht, daß das Verhalten der Deutschen Volkspartei in Preußen in ihren eigenen Reihen bereits starke Mißstimmung erzeugt hat. Nie wurden schnöde Parteiinteressen stärker in den Vordergrund gestellt als jetzt durch sie. Ihr Verhalten hat den ganzen preußischen Staatsbetrieb nahezu lahmgelegt. Neuwahlen könnten darum durchaus luftreinigend wirken. Wir würden es deshalb nicht für unklug halten, wenn Ministerpräsident Marx eine Auflösung des Landtags empfehlen würde. Ungern sehen wir es, wenn er sich weiter führend in einem Zermürbungskampfe hinstellen würde."

Dazu bemerkt unser parlamentarischer Mitarbeiter im Landtag: Auch wir sind der Auffassung, daß Neuwahlen in Preußen luftreinigend wirken könnten. Die Regierungspolitik der Deutschnationalen im Reich dürfte zu dieser Reinigung besonders beitragen. Mehr als sonderbar aber erscheint uns die Auffassung der „Germania" über die zukünftige Haltung ihres bewährten Führers Marx. Marx ist unseres Erachtens seiner Politik und seiner Person schuldig, den Kampf um die Macht in Preußen fortzuführen, und wenn ihn nicht besondere Umstände daran hindern, auch zu einem guten Ende zu führen.

Deutschnationale Logik.

Berlin, 11. März. (Radiomeldung.)

Die Wiederwahl des Zentrumsführers Dr. Marx zum preußischen Ministerpräsidenten hat die Pläne der Rechtsparteien zur Reichspräsidentenwahl in starkem Maße zerstört. Man hat insbesondere bei der Volkspartei und auch bei den Deutschnationalen immer noch auf eine Einigung mit dem Zentrum über die Wahl eines gemeinsamen Kandidaten gehofft und sieht jetzt, daß diese Hoffnung erledigt ist. Vor allem aber befürchten die Herrschaften, daß Dr. Marx als preußischer Ministerpräsident für seine Kandidatur im Reiche unter indirekter Ausnutzung des amtlichen Apparates persönlich wirken kann. (!) Die „Deutsche Tageszeitung" schäumt deshalb heute vor Angst und sie findet es als selbstverständlich, daß er sich nicht als Kandidat für die Reichspräsidentschaft aufstellen läßt". Das Blatt betrachtet sowohl die Wiederwahl in Preußen als auch die beabsichtigte Kandidatur im Reiche als eine Herausforderung, wie sie schärfer nicht sein könnte. Da Marx aber nun einmal in Preußen wiedergewählt ist, erwartet man von ihm mindestens, daß er jetzt eine Regierung ohne Sozialdemokratie bildet. (!) Man verlangt also nicht mehr und nicht weniger, als daß er sich denjenigen anschließt, die ihn am Dienstag nicht gewählt haben und auf die Mitarbeit seiner Wähler verzichtet. Demgenüber glauben wir feststellen zu müssen, daß Dr. Marx noch in den letzten Tagen wiederholt erklärt hat: „Ich werde ohne Beteiligung oder Unterstützung der Sozialdemokratie in Preußen keine Regierung bilden."

Der Riesenbetrug.

In wenigen Tagen wird sich der Untersuchungsausschuß des Reichstages für die Ruhrentschädigungen und die Ruhrkredite konstituieren. Das „Berliner Tageblatt" weiß heute mit gutem Recht darauf hin, daß es nicht nur Aufgabe dieses Ausschusses ist, nachzuforschen, ob die 700 Millionen Goldmark zu Recht oder Unrecht ausgezahlt sind, sondern daß der Ausschuß die ganze Frage im Zusammenhang mit den Lohnsicherungsgeldern betrachten muß. Es ist bekannt, daß die Industrie mit diesen Geldern ihre Werke ausgebaut und nachträglich sich teilweise selbst diesen Ausbau vom Reich nochmals bezahlen ließ. Das „Berliner Tageblatt" weiß über diesen Ausbau der großen Firmen im Ruhrgebiet auf Reichskosten folgendes mitzuteilen:

„Der Thyssen-Konzern baute verschiedene Walzenstraßen, eine Benzinkunstanstalt, eine Gasschweißerei, eine Gaszuführleitung in über 30 Kilometer Länge und nahm eine Erweiterung der Gasanlage und den Neubau von zwei Direktorenvillen vor. Obendrein wurden noch mehrere Häuser angekauft.

Die Firma Krupp riß in Annen die alte Stahlformerei ab und ersetzte sie durch eine zeitgemäßere. Oefen und Kamine, die dem Erweiterungsbau im Wege standen, wurden entfernt, Plätze planiert, Bahnanlagen umgelegt und neue Rampen gebaut, ganz abgesehen von umfangreichen Reparaturen in den Bearbeitungswerkstätten.

Die Vereinigten Preß- und Hammerwerke Stahlhausen bauten ihren daniederliegenden Betrieb im Hammerwerk vollständig aus, reparierten die Hämmer, legten Fußböden, erhöhten die Dächer, bauten die Oefen um und schufen u. a. einen modernen Maschinenraum, in den die Motoren gesetzt wurden, die vorher im offenen Betriebe standen und den ständigen Verschmutzung ausgesetzt waren.

Das Gußstahlwerk Witten nahm grundlegende Reparaturen in seinem Walzwerk vor, verlängerte die Walzenstrecken, entfernte die Wärmöfen, die ihnen etwa im Wege standen oder veraltet waren, plazierte sie anders, ersetzte sie durch neue, moderne Zug-, Kran- und Kanalisierungsanlagen und nahm erhebliche Erweiterungsbauten vor.

Die Mannesmann-Röhrenwerke, die übrigens mit der Mannesmann-Industrie- und Handelsgesellschaft in keinem Zusammenhang stehen, verlängerten ebenfalls die Walzenstrecken und nahmen größere Umbauten der Wärmeöfen vor.

Henschel u. Sohn bauten große Bahnanlagen, gestalteten die Martin- und Stahlgießformerei um und modernisierten die Hochofenanlagen.

Die Rombacher Hütte verlegte sich gegen einen Kanalisationsanlagen-Anbau auf den Bau von Martinöfen und Krananlagen.

Die Zeche „Zollern I", die zur Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft gehört, baute fast die ganze Schachtanlage aus und versah alles mit modernem Zubehör, Waschtauer Magazin und zog eine große Umfassungsmauer um den gesamten Betrieb.

Schlußfolgernd sagt das „Berliner Tageblatt": Die Rechtsparteien, in denen die Schwerindustrie eine ausschlaggebende Rolle spielt, haben sich zwar in den letzten Wahlkämpfen für die Aufwertung der Hypotheken-, Obligationen- und Anleihegläubiger eingesetzt, die während der Inflationsperiode den größten Teil von Hab und Gut verloren haben, aber jetzt weichen sie der Erfüllung ihrer Versprechungen im Parlament aus. Desgleichen hat das Reich die geschädigten Auslandsdeutschen und Verdrängten, die ebenfalls um fast die ganzen Existenzmittel gekommen sind, mit ein paar Bettelpfennigen (2 vom Tausend) abgespeist. Der

Stadt-Theater.

Rigoletto.

Oper von Verdi.

Mit der Oper „Rigoletto" drang der Name Verdi zum ersten Male über die Grenzen Italiens; hatte Verdi sich bis dahin nur als genialer Nachbeter von Rossini und Donizetti erwiesen, so entpuppte sich seine Genialität überraschend im „Rigoletto" (Uraufführung 11. März 1851). Die musikalische Charakteristik ist in der Tat prachtvoll, man denke hier an die zarten Stimmungen der Gilda-Szenen, an das so prägnante Zwiegespräch zwischen Rigoletto und Sparafucile und besonders an das so herrliche Quartett im letzten Bilde. Das Textbuch, durch die Zensur oft umgefaßt, hält mit der einheitlichen Größe des musikalischen Teiles kaum Schritt, die Handlung erfüllt oft mit Abscheu, der Mord an Gilda wirkt brutal; wenn schließlich der Narr vor der Leiche seines Kindes laut aufschreit, während der Herzog von seiner „mobilen Donna" frivol trällert, so sind das die scharfkantigsten Gegensätze, die eine Bühne bringen kann.

Die bedeutendsten italienischen Baritonisten und Tenöre haben die Rollen des Rigoletto und des Herzogs ganz besonders bei Gastspielen in Deutschland sehr favorisiert; sie verlangen große subtil geschulte Stimmen, aber auch überragendes Darstellungsvermögen.

Die gestrige Aufführung der Oper „Rigoletto" darf zu den allerbesten Abenden dieser Spielzeit gezählt werden. Ewald Böhmer spielt und singt diesen unglücklichen „Narren" in guter Maske und intelligenter Auffassung all' der schwierigen Szenen; auch die hohen Töne schienen heute mehr Konsistenz zu bringen als bisher. Mit ihrer Gilda bringt Harriet Anthus die beste bisherige Leistung; die Arie sang sie ohne Fehl, besonders die hohen Töne dominierten durch Glanz und Schönheit, das Spiel ließ keinen Wunsch offen. Als Herzog macht Marcell Wittrisch tadellose Figur. Sein wohlkultiviertes Organ bringt besonders in den Kantilenen prächtige Wirkungen; nur vor einem Plus gesäuselter Kopftöne möge der sehr begabte Sänger sich hüten. Die erste Arie und das Lied „Ach wie so trügerisch" sang er am besten. Ganz hervorragend sang Hans Kaufmann den Monterone. Wann hören wir diesen so stimmbegabten Sänger in einer größeren Aufgabe? Sparafucile und Maddalene waren durch Karl Timäus und Henriette Boehmer vorzüglich vertreten. Alle kleineren Rollen wie der Chor verdienen ein Separatlob. Die Bühnenbilder wirkten gut (Spielleitung H. Siegle), nur die Umbauten waren endlos.

Kapellmeister Vollmann dirigierte die Oper mit Sicherheit und Energie; seine vornehme Auffassung übertrug sich auf alle Mitwirkenden, die am Schluß reichsten Beifall erhielten. S. S.

Halleisches Theater- und Kunstleben.

Stadttheater. Heute, Mittwoch, 7½ Uhr „Der Geizige". Donnerstag „Schwanenweiß". Freitag „Sechs Personen suchen einen Autor". Sonnabend 7½ Uhr „Orpheus in der Unterwelt". Sonntag nachmittag 3 Uhr „Medea". Abends 7½ Uhr „Rigoletto". — In Vorbereitung des Schauspiels: Strindbergs „Kronbraut"; Unger „Mutterlegende" und Schiff „Bankkrach" (Uraufführung). Die Oper bringt als nächste Neueinstudierung Händels „Rodelinde" und d'Alberts „Tiefland".

Oeffentliche Vorstellung des Mitteldeutschen Landestheaters. Zur Beseitigung von Mißverständnissen wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß das Mitteldeutsche Landestheater (Direktion Ernst Reschke und Hermann Lange) Strindbergs Tragikomödie „Gläubiger", morgen, Donnerstag, den 12. März, abends 8 Uhr, im Wittekind-Saal nicht, wie bisher, für geschlossene Gesellschaften, sondern in öffentlicher Vorstellung gibt. (Karten in der Volksbühne, Brüderstraße 14, in der Buchhandlung Hoffstetter, Poststraße 14, und an der Abendkasse.)

Das Konzert des Berliner Philharmonischen Orchesters morgen, Donnerstag, bedeutet ein musikalisches Ereignis und sei allgemeiner Beachtung nochmals bestens empfohlen.

Der Siegeszug der deutschen Oper. Die britische Nationaloper, ein Unternehmen, das in denkbar größtem Maßstab die englische Presse mit Opernvorstellungen versorgt, veröffentlicht eine Liste der beim englischen Publikum beliebtesten Opern, auf Grund deren sich die folgende Rangordnung ergibt: 1. Aida, 2. Tannhäuser, 3. Carmen, 4. Hoffmanns Erzählungen, 5. Die Meistersinger von Nürnberg, 6. Madame Butterfly. Es folgen „Margarete", „Figaros Hochzeit" und „Bohème". An letzter (!) Stelle steht ein englisches Originalwerk „Arlettis" von Boughton. Bis auf diese Oper, die in Deutschland überhaupt nicht bekannt ist, verrät die vorstehende Statistik eine geradezu auffallende Uebereinstimmung mit der deutschen Geschmacksrichtung, die noch deutlicher in Erscheinung tritt, wenn man berücksichtigt, daß unter den acht in der Gunst des englischen Publikums an erster Stelle stehenden Opern sich nicht weniger als vier deutsche Werke befinden.

Eine englische Stadt auf einem Vulkan.

Die Bewohner von Wednesburg, einem Städtchen in der englischen Grafschaft Stafford, haben über Nacht die unangenehme Entdeckung gemacht, daß sie auf einem Vulkan leben. Die Behörden wurden auf dieses beunruhigende Phänomen durch eine Erdsenkung aufmerksam, die man eines Morgens im Park von Kings Hill entdeckte. Man bemerkte hier aus dem Boden eines etwa zehn Meter tiefen Loches hochschlagende Flammen, die so lebhaft waren, daß sie fast seitlich züngelten. Später am Tage stiegen auch große Rauchsäulen aus dem Krater empor. Die in aller Eile nach Wednesburg entsandten Sachverständigen stellten fest, daß der unterirdische Feuerbrand eine beträchtliche Ausdehnung haben muß, und daß die Gefahr besteht, daß er die Oberfläche erreicht, nachdem einmal durch die Erdsenkung die Oberflächenkruste durchbrochen worden ist. In diesem Fall wird es notwendig werden, das Feuer durch Auswerfen tiefer Gräben und ihre Ausfüllung durch Sand zu lokalisieren.

Die trauernde Freiheit.

Von Karl Zimmermann (Ramfin).

Brüder, wir sah'n es vor uns, das Land! —
Jenseits vom blutigen Schrecken der Toren
Leuchteten seine Ufer. Verhießen
Das Frühlingsfest aller Menschheit.
Mit schwellenden Segeln trieben wir
Hin zum Ufer unserer Sehnsucht,
Frohlockend und heißen Gefühles voll.
Aber widerstrebende Winde drohten
Das Schiff der Freiheit den Wellen zu opfern.
Brüder, so nahte der Tag, der uns fand
Auf schwarzumflorter Barke.
O ihr alle, die ihr die Freiheit liebt.
Noch durften eines wir nicht erleben
Die eine Stunde, der das Herz entgegenschlug:
Die Republik im Glück!
Und die Freiheit war verdorben sieben Jahr
Unter dem schwarzen Trauerflor.

— — — — — — — — — —

Aber die auf schwarzer Barke trauern
In der Nacht, sie reisen auf den Tag!
Hände finden tastend sich im Dunkeln.
Das ist das Große, das die Nacht vermag!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250311-19/fragment/page=0002

parlamentarische Untersuchungsausschuß wird nun zu prüfen haben, ob die nachträglichen Entschädigungen, die die Ruhrindustrie mit den 700 Goldmillionen erhielt, nicht auf eine Prämie für bereits während des Ruhrkampfes erzielte gewaltige Inflationsgewinne hinauslaufen.

Magdeburger Prozeß.

Magdeburg, 11. März. (Eig. Drahtbericht.)

Im Schwurgerichtssaal in Magdeburg wird gegenwärtig wieder erneut die Weltgeschichte nachzuprüfen versucht. Die Berufungskammer hat den ganzen Komplex des Verfahrens noch einmal zu durchleuchten, das im Dezember 1924 vor dem Bewersdorff-Schöffengericht geführt wurde. Als Angeklagter erschien wieder der unverantwortliche Verantwortliche eines Staßfurter Hetzblättchen, jetziger „Prokurist“ Rothardt. Er ist vom Schöffengericht zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er dem Reichspräsidenten Ebert den Vorwurf des Landesverrats gemacht hat. Das Schöffengericht hat diesen Vorwurf als beleidigend angesehen, trotzdem aber als seine Ansicht festgelegt: Ebert habe durch seine Beteiligung an der Leitung des Munitionsarbeiterstreiks „in juristischem Sinne“ tatsächlich Landesverrat verübt, wenn auch vom politischen und moralischen Standpunkt aus die Sache anders beurteilt werden könne.

Diese Zwiespältigkeit hat sowohl die Staatsanwaltschaft und den beleidigten Reichspräsidenten, wie den Angeklagten veranlaßt, Berufung einzulegen, um von einem anderen Gericht eine Beurteilung zu fordern. In der neuen Verhandlung fehlen die beiden Vertreter des Nebenklägers, die Rechtsanwälte Heine und Landsberg. Durch den allzu frühen Tod des von nationalen Sudelparteien beschimpften und niedergehetzten Reichspräsidenten ist ihr Mandat hinfällig geworden. Die Klage wird nur noch von der Staatsanwaltschaft vertreten. Dafür ist aber neu im Gerichtssaal erschienen der Rechtsanwalt Luetgebrune (Göttingen), eine der juristischen Säulen der Deutschnationalen Partei und Verteidiger von Rechtsputschisten vor dem Staatsgerichtshof. Augenscheinlich will die Deutschnationale Partei durch Hinzuziehung dieses ihres Prominenten bekunden, daß sie den Prozeß jetzt auch offiziell zu ihrer Parteisache machen will, nachdem sie ihn bisher nur inoffiziell beeinflußt hat. Bei der ersten Verhandlung hatten die deutschnationalen Verteidiger entrüstet bestritten, daß hinter ihnen irgendeine Partei stände. Jetzt ist Luetgebrune da, um seine unzulänglichen Kollegen aus Magdeburg zu kontrollieren und zu beeinflussen. Der Freiherr v. Forstner arbeitet hinter den Kulissen, Luetgebrune ist Akteur an der Rampe. Die deutschnationale Mache wird immer klarer und durchsichtiger.

Daran ändert auch nichts die am Dienstag vor Eintritt in die Verhandlung abgegebene Erklärung der Verteidigung, sie wolle nicht den Menschen Ebert treffen, sondern den politischen Führer der Sozialdemokratie, und sie bedaure deshalb, den Prozeß auch ohne ihn weiterzuführen. Es gelte, die gefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie aufzudecken, damit — Deutschland wieder ein Rechtsstaat werde!

Das war eine weinerlich vorgetragene, im Ton der Entschuldigung gehaltene Erklärung, die einen Augenblick lang die Vermutung aufkommen ließ, als ob sich bei den Deutschnationalen das Gewissen zu regen begänne, angesichts des Unheils, das ihre Hetze angerichtet hat. Aber nur einen Augenblick — — dann steht die Deutschnationale Partei wieder in unverhüllter Fratze da, bereit, auch noch das Andenken eines großen Toten durch die Gosse zu ziehen.

Die Dienstag-Vormittagsitzung wurde fast ganz ausgefüllt mit der Verlesung des Urteils des Bewersdorff-Gerichts, eine überflüssige Formalität. Aber es muß nach der Strafprozeßordnung stundenlang verlesen werden.

Um 4.45 Uhr wird die Verhandlung auf Mittwochvormittag 9.30 Uhr vertagt, wo mit der Zeugenvernehmung begonnen wird. Zunächst wird Ministerialrat Doehle aus dem Bureau des Reichspräsidenten als Zeuge die Aufzeichnungen vortragen, die sich Reichspräsident Ebert für seine Vernehmung Mitte Februar gemacht hatte. Die Vernehmung unterblieb jedoch infolge der schweren Erkrankung Eberts.

Das Reichsbanner unter Anklage.

Der deutschnationale Parteiführer als Staatsanwalt.

Breslau, 10. März. (Eig. Drahtbericht.)

Vor dem Großen Schöffengericht in Schweidnitz begann am Montag der Landfriedensbruchprozeß, der sich aus dem blutigen Zusammenstoß anläßlich eines Stahlhelmtages in Striegau im Oktober 1924 ergab. Angeklagt sind lediglich Reichsbannerleute und Sozialdemokraten aus Striegau und Umgegend sowie einige andere Arbeiter, die von den Rechtsanwälten Bandmann (Breslau), Bärensprung (Magdeburg), Otto Landsberg (Berlin) und von Prof. Radbruch verteidigt werden. Die Anklage lag im Stadium der Voruntersuchung bezeichnenderweise in den Händen eines Staatsanwaltschaftsrates, der Führer der Deutschnationalen in Striegau ist. Dementsprechend sieht die Anklage aus. Einer der Angeklagten ist z. B. schwerkriegsbeschädigt, am rechten Arm gelähmt und auch sonst körperlich schwer behindert. Trotzdem soll er mit einem Knüppel auf die Stahlhelmleute eingeschlagen haben. Zwei Arbeiterinnen, die sich lediglich aus dem Getümmel retten wollten, sind gleichfalls angeklagt. Das sind die Bestandteile einer Anklage, die darauf angelegt war, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold als Urheber schwerer Ruhestörungen (!) hinzustellen. In der Montagverhandlung wurden zunächst die Hauptangeklagten Genosse Stadtrat Müller und Genosse Hauptlehrer Geburt vernommen. Sie sagten aus, daß die Stahlhelmveranstaltung zunächst vom Regierungspräsidenten verboten war und erst vom Innenministerium nach Beschwerde unter bestimmten Bedingungen erlaubt wurde, die dann aber nicht eingehalten wurden. (Wie üblich. — D. Red.) So sind z. B. trotz ausdrücklichen Verbots Hakenkreuzfahnen mitgeführt worden, und die Veranstaltung beschränkte sich auch nicht vorschriftsgemäß auf ein abgeschlossenes Grundstück. Am Tage vorher waren auf einem Stahlhelmkommers schwere Drohungen ausgestoßen worden und außerdem wurde ein Plakat angeklebt, das die Reichsbannerleute verhöhnte, weil sie vor dem Stahlhelmaufmarsch Angst hätten. (!) Auf Grund der Drohungen wurden zum Schutze des örtlichen Konsumvereins, des Volkshauses und der anderen Einrichtungen der Arbeiterbewegung etwa 200 Reichsbannerleute aus dem Orte selbst und aus der Umgegend versammelt, während der Stahlhelmaufmarsch aus ganz Schlesien etwa 4000 Mann aufgeboten hatte. Trotzdem sollen die 200 Reichsbannerleute die 4000 Stahlhelmleute angegriffen und mißhandelt haben! Die Sicherung durch Reichsbanner erschien um so notwendiger, als die örtliche Polizeileitung in den Händen eines alten Gegners der Arbeiterbewegung und der Republik liegt, die der Reichsbannerführer Müller aus seiner eigenen zweijährigen Tätigkeit als Polizeiverwalter kritisch einzuschätzen wußte. Der Angeklagte Genosse Geburt hat auf die Alarmzettel an die auswärtigen Reichsbannerleute wörtlich geschrieben: „Auf alle Anzapfungen des Stahlhelms ist in keiner Weise zu reagieren.“ Beide Hauptangeklagte weisen in ihrer Aussage nach, daß sie sich nur darum bemüht haben, die Schlägerei, die aus Provokationen der Stahlhelmleute hervorging, zu schlichten. — Heute, Dienstag, wird die Vernehmung fortgesetzt.

Deutscher Reichstag.

Angriff auf Otto Braun. / Schutz der Mutterschaft. Aus der Rechtsdunkelkammer.

Berlin, 11. März. (Soz. Presse-Dienst.)

In der Dienstagsitzung des Reichstags ging die dritte Beratung der Gesetzentwürfe über die Stellvertretung des Reichspräsidenten und über die Kosten der Bestattung des Reichspräsidenten ohne Aussprache vonstatten. Die Gesetzentwürfe wurden angenommen. Es folgte die erste Beratung der Gesetzentwürfe aus dem Genfer Uebereinkommen, über das Vereins- und Koalitionsrecht der landwirtschaftlichen Arbeiter und die Entschädigung der Landarbeiter bei Arbeitsunfällen. Die Kommunisten benutzen diesen Anlaß zu einem ersten Vorstoß gegen unseren Präsidenten-Kandidaten Otto Braun. Der Kommunist Ovendieck schilderte Otto Braun als einen wilden Feind der Landarbeiter. Unser Genosse Georg Schmidt, der Landarbeiterführer, wies demgegenüber nach, daß Otto Braun seit jeher und insbesondere auch als preußischer Landwirtschaftsminister, sich stets für die Landarbeiter eingesetzt habe. Er sei deshalb von den Agrariern schlecht genug behandelt worden, und noch heute könnten sie ihm seine Arbeit als Landwirtschaftsminister nicht vergessen.

Bei der Beratung des Teils des Washingtoner Abkommens, der die erwerbstätigen Frauen sechs Wochen vor und 6 Wochen nach der Niederkunft von der Beschäftigung in Gewerbebetrieben befreien will, hielt unsere Genossin Nemitz eine materialreiche Rede zum Schutze der Mutterschaft. Sie verlangte, daß das Reich mindestens die Schutzzeit des erwähnten Abkommens gesetzlich einführe, möglichst aber noch darüber hinausgehe.

Bei der zweiten Beratung des Haushalts des Reichsjustizministeriums gab es einige Zwischenfälle. Die Reichsregierung ließ durch den Staatssekretär Joel erklären, sie wende sich aus außenpolitischen Gründen dagegen, daß die sozialdemokratische Interpellation über die schwarze Reichswehr mit dem Haushalt des Reichsjustizministeriums verbunden werde. (!) Unser Genosse Levi widersetzte sich diesem Wunsch, aber da der deutschnationale Fraktionsführer widersprach, daß die Interpellation auf die Tagesordnung gesetzt werde, fiel die Verbindung mit dem Haushalt des Reichsjustizministeriums fort. Einen Zusammenstoß gab es ferner zwischen dem Vizepräsidenten Graef und dem kommunistischen Berichterstatter Dr. Korsch, weil dieser statt objektiv Bericht zu geben, eine polemische parteipolitische Rede hielt. Allerdings konnte sich der Kommunist darauf beziehen, daß der Deutschnationale Dr. Quaatz jüngst beim Etat des Reichsverkehrsministeriums in denselben Fehler verfallen war. Den Reigen der Parteiredner eröffnete Paul Levi. Er hielt eine kluge und maßvolle Rede, die wegen ihres reichen Inhalts starken Eindruck im Hause machte. Unerbittlich schritt er die ganzen düsteren Gänge der deutschen Rechtsprechung durch. Er zerriß die Begründung des Magdeburger Landesverratsurteils ebenso wie er noch einmal das Urteil gegen Fechenbach in seiner ganzen Ungeheuerlichkeit aufrollte. Auch der schwarzen Reichswehr widmete er eine Partie seiner Rede, um schließlich den Höhepunkt darin zu erreichen, daß er die ungeheuren Gefahren schilderte, die in der von der Polizei oft genug angewandten Folter liegen. Er warf den polizeilichen Hilfsorganen der Staatsanwaltschaft vor, daß diese oft genug die Ehre des in Haft genommenen, aber keineswegs überführten Staatsbürgers mißachteten und durch seelische Foltern, die manchmal schlimmer seien als körperliche, Geständnisse erpreßten. Nach Levi sprach der Deutschnationale Barth, der die deutschen Richter nicht nur in Schutz nahm, sondern ihnen ein Loblied sang und insbesondere das Magdeburger Urteil als vollkommen gerechtfertigt hinstellte. Er schien zu befürchten, daß das Urteil in der Berufungsinstanz aufgehoben werde und machte schon jetzt dafür die Beeinflussung verantwortlich, die nach seiner Meinung von der Oeffentlichkeit und auch von der früheren Regierung ausgegangen sei. Allerdings saß in der Regierung, die den Reichspräsidenten gegen die Magdeburger Verunglimpfungen in Schutz nahm, auch Dr. Luther, der jetzt der von den Deutschnationalen erkorene Reichskanzler ist.

Die nächste Sitzung findet heute, Mittwoch, nachmittag 2 Uhr statt.

Initiativ-Antrag zur Wahl.

Im Reichstage ist jetzt ein Initiativantrag der Abgeordneten Koch (Weser, Dem.), Dittmannn (Soz.) und v. Guérard (Zentr.) eingegangen, der eine Aenderung des Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten vorsieht und eine Reihe von neuen Bestimmungen trifft. Er betont u. a. die Notwendigkeit von Wahlvorschlägen und schlägt amtliche Stimmzettel vor. Danach wird festgesetzt, daß Wahlvorschläge spätestens am zehnten Tage vor der Wahl beim Reichswahlleiter einzureichen sind. Sie müssen von mindestens 20 000 Wählern unterzeichnet sein. Anstelle von 20 000 Wählern genügen 20, wenn der Vorschlag von Gruppen ausgeht, die bei der letzten Reichstagswahl einen Reichswahlvorschlag eingereicht hatten und wenn auf die Kreiswahlvorschläge, die dem Reichswahlvorschlag angeschlossen waren, zusammen mindestens 500 000 Stimmen abgegeben worden waren. Die Stimmzettel werden durch die Reichsregierung amtlich hergestellt in der Weise, daß sie alle vom Reichswahlleiter zugelassenen Wahlvorschläge enthalten. Die Stimmabgabe erfolgt derart, daß der Wähler durch ein auf die Stimmzettel gesetztes Kreuz oder auf eine andere Weise kenntlich macht, welchem Vorschlag er seine Stimme gibt. Es ist zulässig, daß der Wähler seine Stimme für eine nicht vorgeschlagene Person abgibt. Die Stimmabgabe erfolgt in diesem Falle derart, daß der Wähler den Namen der Person, der er seine Stimme gibt, auf den amtlichen Stimmzettel schreibt, auf dem hierzu ein Raum freibleibt.

Volkszählung im Juni.

Im Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages wurde die Regierungsvorlage, betreffend eine allgemeine Volks-, Berufs- und Betriebszählung, die im Jahre 1925 stattfinden soll, verabschiedet. Nach Antrag des Abg. Lemmer (Dem.) soll auch eine statistische Feststellung der Wohnungsverhältnisse stattfinden.

Der Tscheka-Prozeß.

Ist Neumann geisteskrank?

Leipzig, 11. März. (Eig. Drahtbericht.)

Am Dienstag, dem 19. Verhandlungstag des Tscheka-Prozesses, sind u. a. sechs Sachverständige sowie die Frau und der Bruder des Hauptangeklagten Neumann geladen. Die Sachverständigen Dr. Kute und Dr. Zimmermann äußern sich ausführlich über die Behandlung und die Beobachtungen des Rausch. Sein Zustand war nach der Einlieferung in das Krankenhaus zunächst ein besserer, später verschlechterte er sich jedoch. Am 17. März, nachmittags 6 Uhr, sei er plötzlich verstorben. Nach diesem Gutachten setzt einer der Verteidiger mit komplizierter Fragestellung gegen die Sachverständigung ein. Anschließend soll die Ehefrau des Angeklagten Neumann vernommen werden. Sie verweigert jedoch die Aussage. Der Bruder dagegen, der Reichsbankinspektor Neumann, erklärt sich zur Aussage bereit. Er schildert in längeren Ausführungen das Vorleben seines Bruders und kommt dann auf dessen Gesundheitszustand zu sprechen. — Vors.: Halten Sie nun Ihren Bruder für geisteskrank? — Neumann: Ich habe in der Voruntersuchung angegeben, ich hätte darüber noch keine Beobachtungen gemacht. Heute möchte ich die Aussage folgendermaßen berichtigen: Mein Vater hat früher schon gesagt: Ich glaube, der Junge ist nicht ganz normal. Der Zeuge führt dann verschiedene Beispiele über das merkwürdige Benehmen seines Bruders im Alter von 15 Jahren an. Darauf folgt die Vernehmung des Gefangenen-Wachtmeisters Schillung, der über den Selbstmordversuch des Neumann während der Untersuchungshaft berichtet. Neumann hatte damals versucht, sich an der Dampfheizung aufzuhängen. Der Zeuge Dr. Schmidt äußert sich über das damalige Befinden Neumanns. Dieser Selbstmordversuch sei nur eine Demonstration gewesen, da um diese Zeit nachmittags 4 Uhr die Zellen kontrolliert werden. Merkmale am Halse hätte er nicht gehabt. Ebenso hätte er nicht den Eindruck eines Geisteskranken gemacht. Er hätte zwar Schaum vor dem Munde gehabt und sei 5 Minuten bewußtlos gewesen. Medizinalrat Dr. Thielemann wird ersucht, sich über einen Anfall des Neumann in Bautzen zu äußern. Da derselbe sich aber nicht mehr auf die Persönlichkeit des Neumann entsinnen kann, werden ihm zu diesem Zweck die Krankenakten zur Orientierung überreicht. Dr. Thielemann schildert darauf den Anfall als einen hysterischen, ein epileptischer sei es auf keinen Fall gewesen. Medizinalrat Dr. Friedländer berichtet über seine Beobachtungen bei einem anderen Anfall des Neumann, den er als typisch hysterisch bezeichnet. — Dann wird Dr. Thiele aufgefordert, ein umfassendes Gutachten über den Angeklagten Neumann abzugeben. Er betont, daß der Angeklagte weder früher noch jetzt geisteskrank gewesen sei. In bezug auf seine Glaubwürdigkeit habe er den Eindruck gewonnen, daß der Angeklagte keine krankhafte Neigung zum Lügen habe. Erhebliche Belastung komme bei ihm nicht in Frage. Medizinalrat Dr. Schütz gibt im wesentlichen das gleiche Gutachten ab wie seine Vorredner. Die Verhandlung wird sodann auf Mittwoch früh 9½ Uhr vertagt.

Die „Schwarze Schar“.

Leipzig, 11. März. (Eig. Drahtbericht.)

Vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts begann am Dienstag ein größerer Hochverratsprozeß gegen oberschlesische Kommunisten. Es sind angeklagt der Druckereigeschäftsführer Karl Behr und sieben Genossen aus Gleiwitz. Alle Angeklagten haben sich wegen Hochverrats, Beihilfe zum Hochverrat, Waffendiebstahls und Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz zu verantworten. Im Juni 1923 wurden im Bezirk Gleiwitz militärische Hundertschaften gebildet und mit Waffen ausgerüstet, um angeblich Abwehrmaßnahmen gegen polnische Insurgenten zu treffen. Die Mitglieder der Hundertschaften trugen schwarze Binden mit einem Totenkopf und wurden von der Bevölkerung als „Schwarze Schar“ bezeichnet. Am 21. Juni 1923 haben die Angeklagten in Sosnoviecа ein Waffenlager der polnischen Insurgenten ausgehoben, die Waffen aber nicht abgeliefert, sondern für sich verwendet, um bei kommenden Aufständen gerüstet zu sein. Auch wären Anschläge auf die Polizeiwachen geplant. Bei einer Haussuchung wurden bei den Angeklagten Sprengstoffe, Waffen und Munition gefunden. Die Vorbereitung zu einem Putsch in Oberschlesien war bis ins kleinste getroffen. Die Leitung hatte der flüchtige Kommunist Margraf aus Berlin übernommen. — Mehr als 50 Zeugen werden im Verlauf des Prozesses vernommen. Er wird mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Aus aller Welt.

Ein Prinz als Chef einer Schwindelfirma. Im vergangenen Jahre wurde ein Unternehmen gegründet, das sich „Preußische Grundstücks-Aktiengesellschaft“ nannte und seine Bureauräume in der Potsdamer Straße 104 hatte. Die Direktoren der Gesellschaft waren ein im Kriege als erfolgreicher Kampfflieger hervorgetretener Oberleutnant von Althaus, der jetzt nach dem neuen Namensrecht den Namen Prinz zu Bentheim-Steinfurt führt, ferner ein Kaufmann Ansinck und ein Dr. Ernst Moser aus der Motzstraße 64. Alle drei sind jetzt von der Kriminalpolizei verhaftet worden. Die Gesellschaft wandte sich vornehmlich an Leute, die Hypotheken auf ihre Grundstücke suchten. Diesen wurde mitgeteilt, daß sie an Stelle baren Geldes „goldwertgedeckte Schuldatteste“ der Gesellschaft erhalten würden, die an der Börse mit 150 Prozent gehandelt würden. Diese Schuldatteste ließen sich jedoch nicht zu Geld machen, weil sie nichts wert waren. Es war keinerlei Deckung vorhanden. Obwohl der Zentralverband der Banken und Bankiers wiederholt vor dem Unternehmen gewarnt hat, ist doch eine ganze Anzahl von Leuten hereingefallen. So hat u. a. eine Posener Firma 400 000 Dollars verloren. Ein kleines Bankhaus in Berlin und eins in Braunschweig befaßten sich mit dem Vertrieb der Aktien — ob gutgläubig, wird die Untersuchung ergeben.

Erdrutsch am Walchensee. In der Nacht zu gestern erfolgte zwischen Walchensee und Einsiedel auf einer Strecke von 65 Meter ein Abbruch des Seeufers längs eines bereits früher aufgetretenen Risses. Die Straße, an deren Verlegung in den Felsen hinein seit einiger Zeit gearbeitet wird, mußte gesperrt werden, weil der Verkehr weitere Abbrüche hervorrufen könnte.

Platinersatz. Als Platinersatz kann nach der „Umschau“ in vielen Fällen reines Eisenoxyd verwendet werden. Durch chemisch reines Eisen, dem besonders alle Beimengungen von Schwefel oder Phosphor fehlen müssen, wird ein Luftstrom geblasen. Das gewonnene Eisenoxyd läßt sich bei hoher Temperatur schmelzen und gießen. Der Guß ist leicht maschinell zu bearbeiten und polierfähig. Die Geräte sollen selbst bei hoher Temperatur säure- und alkalifest sein.

Nicht Alltägliches
Sondern nur
vom Guten das Beste.
JOSETTI
KON LINON
Vera 4 S Cigarette

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250311-19/fragment/page=0003

Die Köchin sagt:
Nur 1 Esslöffel Quieta auf 1 Liter kochendes Wasser, und der feinste Kaffee ist fertig.
Trinke Quieta!

Vereins-Kalender

der SPD., Freien Gewerkschaften, Geselligen Vereine sowie der sozialistischen Frauen-Zusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg

Sekretariat der SPD Halle (Saale), Hartz 49/44 Hofgebäude, 2 Treppen. — Fernruf 1028. (Ortskartell daselbst (Fernruf 1439).

Halle.

663. Heute abends 1/2 8 Uhr: Vorstandssitzung.

Preßkommission. Mittwoch, den 11. März, abends 6 Uhr, in der Redaktion: Sitzung.

Arbeiter-Wohlfahrt. Mittwoch, den 11. März, abds. 6½ Uhr, im „Gewerkschaftshaus": Versammlung. Alle Mitglieder müssen erscheinen. Vorher 7½ Uhr Vorstand und Frauenabend, wichtige Besprechung.

Aus dem Bezirk.

Merseburg. Donnerstag, den 12. März, abends 8 Uhr, im „Tivoli": Mitgliederversammlung. Stellung zur Reichspräsidentenwahl. Wahl der Delegierten zur Unterbezirkskonferenz. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder unbedingt Pflicht.

Krehna. Mittwoch, den 11. März, abends 8 Uhr, in der „Erholung": Oeffentl. Frauenversammlung. Genossin M. Röpert (Halle) spricht über „Mutterschaftszwang und soziales Elend".

Holzweißig. Mittwoch, den 11. März, abends 8 Uhr, im Lokal der Frau Kittelmann: Vortragsabend der SPD. Genosse Albert Muster (Halle) spricht über „Republikanische und monarchistische Verfassung". Alle Parteigenossen, Volksblattleser und Reichsbannerkameraden sind hierzu freundlichst eingeladen.

Sangerhausen. Arbeiter-Wohlfahrt. Die Nähstunden finden fortan Freitagabend statt.

Osmünde und Umgebung. Freitag, den 13. März, abends 8 Uhr, im Gasthof Möslein Vortragsabend. Genossin Klara Bacher (Halle) spricht über das Thema: „Die politische Stellung der Frau in der Republik". Alle Genossen, Reichsbannerkameraden Volksblatt- und Handbotenleser mit ihren Frauen müssen zu dieser Versammlung erscheinen. Freunde der SPD. können eingeführt werden.

Nücheln. Sonnabend, den 14. März, abends 8 Uhr, im Gasthof „Roter Hirsch" (Schäfer): Mitgliederversammlung. Alle Genossen mit Frauen sind verpflichtet zu erscheinen. Freunde der Partei können eingeführt werden.

Mansfelder Lande.

Eisleben. Donnerstag, den 12. März, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten" (Nikolaistr.): Sitzung aller für die Lotterie tätigen Genossen. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert zahlreiches Erscheinen.

Eisleben. Frauengruppe. Freitag, den 13. März, im „Bürgergarten" (Nikolaistr.): Frauenversammlung der sozialistischen Frauen, in welcher die Genossin Röbert (Halle) über das Thema: „Stellung der Frauen zur Reichspräsidenten-Wahl", sprechen wird. Das Erscheinen aller Genossinnen ist unbedingte Pflicht. Eingeführte Gäste haben Zutritt.

Reichs-Banner Schwarz-Rot-Gold
(Bund der republik. Kriegsteilnehmer)

Ortsgruppe Halle. Sonntag, den 15. März, Fahrt nach Wettin zur Feier der Republikanischen Kundgebung. Anschließend Märzfeier. Alle Mann zur Stelle. Meldung bei den Beigeß führern. Der Vorstand.

— **Bezirk 3** (Ost). Dienstag, den 10. März, abends 8 Uhr, im Restaurant „Wittenberg" Hordenbergstraße (Ecke Waldauhstraße): Bezirksversammlung. Erscheinen aller Kameraden ist Pflicht.

— **Bezirk 2** (Nord). Freitag, den 13. März, abends 8 Uhr, im Bezirkslokal Zufahrt mentunk. Alle Zug- und Gruppenführer müssen anwesend sein.

— **Jugendabteilung.** Mittwoch, den 11. März, abends 8 Uhr, in der Jugendherberge, Weingärten: Jugendversammlung.

Billige und gute
Bücher
erhalten Sie in der
Volksblatt-Buchhandlung
Gr. Ulrichstraße 27
Besuchen Sie unsere Verkaufsräume.

Obstbäume, Rosen, Beerensträucher, Stauden, Stiefmütterch n verkauft A. Stolle, Halle-Gröllwitz, Verl. Fuchsbergstr. Tel. 2069.

Händler und Hausierer kaufen Seifen etc. 1497
billigst im Stadtlauer
Ernst Mattick, Landwehrstr. 3
Tel. 5833. Tel. 8833.
Der durchgehende Geschäftsgeist

Die Karawane kommt!
Das Film-Ereignis Deutschlands
Erstaufführung morgen, Donnerstag, den 12. März C.-T. Gr. Ulrichstr. 51
1725

„Er" kommt nach Halle ? ! ?
4 Masten- 3 Manegen- 2 Bühnen-Riesen-Circus
100 Sensationen
in jeder Vorstellung
In 3 Manegen u. 2 Bühnen zu gleich. Zeit
Gleich die grösste Schau aller Zeiten
600 ca. Angestellte 400 ca. Tiere

Schuhmacher und Sattler!
— Billigste Bezugsquelle! —
Hälften, Coupons, Sattelleder
Spezialität:
Ia Maßschäfte, gewalkte Vorderteile
Sämtliche Bedarfsartikel
Durch großen Umsatz billigste Preise. 1053
Lederhandlung und Schäftestepperei
Franz Gerlach
Eisleben, Lindenstraße 5
Kl.-Mansfeld — Sangerhausen.

DER LETZTE MANN
REGIE: F. W. MURNAU
UFA
Hauptrolle:
Emil Jannings
Musikalische Leitung: Kapellmeister A. Richter
Erstaufführung
morgen, Donnerstag, den 12. März,
abends 8 Uhr. — Kassenöffnung 7 Uhr.
An diesem Tage findet nur eine Vorstellung statt.
UFA-Theater, Alte Promenade
1728

Stadt-Theater.
Donnerstag, abds. 7½ Uhr
Schwanenweiß.
mit den Damen: Voß-André, Böhmer, Gümsel-Dmowski, Seeliger, Kuchhoff
Kühn,
den Herren: Andersen, Böhmer, Kersmann, Siegle.
Ende 10½ Uhr.
Freitag, abends 7½ Uhr:
Sechs Personen suchen einen Autor.
Ende 10 Uhr.

§ 218
(Muß die Frau Mutter werden?)
Morgen, Donnerstag, nachm. 4 Uhr
Die große Première
C.-T. am Riebeckplatz
1726

Volkspark
Burgstraße 27.
Das eigene Heim der Hallisch. Arbeiter

Größte Auswahl, billigste Preise!
Kinderwagen
Klappwagen
Stubenwagen
Kinderbetten
Kinderstühle und -Tische
Schutzgitter
Zahlungserleichterungen
Kinderwagenhaus
Bruno Paris
Brüderstrasse 3.
1 Min. vom Markt.

Ostertüten
empfiehlt
gross. schön preiswert
Albin Hentze
24 Schmerstraße 24

„Vom Tode errettet . . ."
Lungenleidende! So urteilen Leidensgefährten!
Ich habe jetzt schon von Ihnen die sechste Flasche bezogen und ich muß sagen, der Nymphosan-Sirup hat mich noch vom Tode errettet. Erst war ich 10 Wochen im Krankenhause, da hatte ich hohes Fieber und sehr viel Auswurf; auch war ich so schwach, daß ich nicht mehr gehen konnte. Dann ging ich nach Oberstdorf und hörte ich von einem Herrn E. von Ihrem Nymphosan-Sirup. Sofort bestellte ich diesen. Ich habe 14 Pfund zugenommen, kein Fieber mehr und Auswurf hat auch sehr nachgelassen uno spreche Innen meinen herzlichsten Dank aus. Hochachtend G. B. in O.
So u. ähnlich lauten die fast tägl. bei uns eingen. Dankschreiben.
Best.: Bals. Myr. cps. 3% Na. benz. 0.1% Na. br 2% Ferr. pept. oxyd. liqu. aa 5% Extr. Malt. 24% Sacch. 16% f. emuls. Preis pro Flasche M. 3.—. Zu haben in den Apoth., wo nicht, wende man sich an die Alleinherstellerin:
Nymphosan A.-G., München 38.

Wo sollst Du kaufen?
Nur bei unseren Inserenten!

Größere Molkerei
sucht
noch zahlungsfähige, regelmäßige größere
Abnehmer für Ia Tafelbutter,
Speise- und Käsequark und verschiedene Sorten Käse.
Anfragen bitte an 1685
Max Ullmann,
Molkerei- und Butterversand,
Hauswalde (Post Brennig, Bez. Dresden),

Eine gute Uhr
mit Garantie kauft man billig beim Uhrmachermeister
H. Schindler,
Kleine Ulrichstraße 35.
Große Auswahl in Konfirmanden-Uhren, Dam.- u. Herrenuhren.
Armbanduhren.
Ich bitte meine beiden Schaufenster zu beachten. 1507

Musik-Instrumente Schallplatten
Ludwig Mittelstr. 9/10
Aelteste Handlung am Platze

Wäsche Strümpfe Trikotagen 1500
äußerst billig, da kein Laden
Else Wollberg,
Steinweg 18, 1 Tr. r.

Hausschlachtene
Wurst
zu Tagespreisen, la Qualität. 1495
Ed. Sorg,
Kolonialwaren,
Hermannsstraße 7.

Kleine Inserate
finden hier weiteste Verbreitung!

Meine Frau war über 10 Jahre an einer bösartigen
Flechte
behaftet. Kein gelindes Mittel konnte sie auf dem Leibe. Durch Zucker's Patent-Medicinal-Seife wurde die Flechten in 3 Wochen beseitigt. Viele Gefte ih Tausende wert. E. W." Dose Zucksoh-Creme, nichtfettend und fetthaltig. In allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien erhältlich.

Vorbeugen, nicht abtreiben
Ein Ratgeber für Eheleute
Von Luise Otto
Preis 40 Pfennig
Volksblatt-Buchhandlung

Bekanntmachung.

Die Versteigerung der Pfänder mit den Pfandnummern von 20721 bis 26087 (Pfandscheine in rotem Druck) wird vom 7. April 1925 von 9 Uhr vormittags an im Leihhause, An der Marienkirche 4, stattfinden.

Versteigert werden Taschenuhren aller Art, sonstige Gold- und Silbergegenstände, ferner Betten, Leib- und Bettwäsche, Schuhwerk, neue und getragene Kleidungsstücke, Zigarren und verschiedene andere Sachen.

Halle, den 10. März 1925.

Das Leihamt der Stadt Halle.

Nähmaschinen
auf Teilzahlung 1499
für Haushalt u. Gewerbe
Gustav Lerche
Kl. Ulrichstr 33 Tel 8111
Eig. Reparaturwerkstatt

Alle Arten Schulbücher
empfiehlt
Volksblatt-Buchhandlung
Halle a. S., nur Gr. Ulrichstr. 27

Amtliche Bekanntmachungen

Eisleben

Wir machen die beteiligten Kreise darauf aufmerksam, daß die von dem Herrn Regierungspräsidenten zu Merseburg genehmigten Gesellenprüfungsordnungen im Rathaus, Zimmer 12, eingesehen werden können. 1721

Eisleben, den 7. März 1925.

Der Magistrat.

Helbra

Zwecks Vervollständigung der Wahlkartei zur bevorstehenden Reichspräsidentenwahl werden alle Personen, die in der Zeit vom 4. Dezember 1924 bis 29. März 1925 das 20. Lebensjahr vollenden, aufgefordert, sich sofort auf hiesigem Gemeindeamt zu melden.

Vorbezeichnete Personen, die ihre Eintragung in die Wahlkartei nicht veranlassen, können nicht wählen. 1720

Helbra, den 10. März 1925.

Der Gemeindevorsteher.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250311-19/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 11. März 1925.

Parteinachrichten.

Ortsbezirksversammlungen der SPD. Halle.

Die Ortsbezirksversammlungen am Donnerstag, dem 12. März, abends 8 Uhr, in denen zur Wahl des Reichspräsidenten Stellung genommen wird, finden in folgenden Lokalen statt:

Ortsbezirk 1: „Volkspark" (Referent: Gen. Kasparek).
" 2: „Sportrestaurant", Goethestr. (Referent: Genosse Deininger).
" 3: „Gewerkschaftshaus" (Referent: Genosse Holzapfel).
" 4: „Alemanniahalle", Berliner Str. (Referent: Genosse Stengel).
" 5: „Robert-Franz-Halle" (Referent: Gen. Dürrfeld).
" 6: Wird noch bekanntgegeben.
" 7: Leuchte, Wörmlitzer Str. (Referent: Genosse Schaumburg).
" 8: „Feuerwache Süd" (Referent: Gen. Petersdorff).

Alle Parteimitglieder müssen erscheinen. Freunde der Partei können eingeführt werden. **Der Vorstand.**

Arbeiterschaft und Sparkassen.

Fast täglich wird an die Redaktion das Ersuchen gerichtet, in den Textspalten auf die Notwendigkeit des Sparens bei Stadt- oder Gemeindesparkassen hinzuweisen. Immer wieder soll die Presse die Mahnung an alle Volksschichten richten, den Wiederaufbau der Wirtschaft durch beharrliches Sparen in der Einzel- oder Gesamtwirtschaft zu fördern. Wir verkennen durchaus nicht, daß der Wiederaufbau ohne neues Sparkapital fast unmöglich ist, aber es muß bei dieser Gelegenheit doch ausgesprochen werden, daß die Sparkassen selbst ein Teil Schuld daran tragen, wenn ihnen heute weite Kreise der Bevölkerung mit einem gewissen Mißtrauen gegenüberstehen. Die Sparkassen haben durch Verwendung der Einlagen zur Zeichnung von Kriegsanleihen einen großen Teil des des deutschen Volkes vor den Kopf gestoßen. Und die Inflation, an der die Sparkassen allerdings unschuldig sein mögen, hat das Mißtrauen der zu Gläubigern gewordenen Sparer vergrößert.

Weiter ist zu beachten, daß es der Masse heute unmöglich ist, auch nur einen Pfennig zu sparen. Nur ein verhältnismäßig geringer Teil des schaffenden Volkes kann einige Pfennige erübrigen. Ein hoher Prozentsatz der arbeitenden Schichten arbeitet weit unter dem Friedenslohne. Jeder Familienvater, jede Hausfrau weiß, was die Dinge des täglichen Bedarfs kosten und wie wenig für die Lohnsumme beschafft werden kann. Ferner fällt in die Wagschale, daß der Kaufwert unserer Mark etwas über 60 Pfennig beträgt, was bei dem kleinen Verdiener ganz besonders schwer ins Gewicht fällt.

Der Appell der Sparkassen wird solange unbeachtet bleiben, bis die jetzigen Entbehrungslöhne beseitigt sind. Eine Arbeitnehmerschaft, der vom Unternehmertum menschenwürdige Löhne vorenthalten werden, die um lumpige Pfennige Lohnerhöhung schwere Kämpfe führen muß und die sogar mit der Hungerpeitsche bedroht wird, kann nicht sparen. Das gleiche kann auch von den Kindern der Arbeiter gesagt werden, denen man allerorts die Benutzung der Schulsparkassen, die selbstverständlich ihre Gelder bei den Gemeindesparkassen hinterlegen, empfiehlt. Erst mit Erhöhung der Löhne in Friedenshöhe und mit einer gewaltigen Senkung der Preise für die zum Leben notwendigen Dinge wird sich die Zahl der Sparer erhöhen.

*

* **Anwachsen der Spareinlagen.** Einer in obigem Sinne gehaltenen Zuschrift des Vorstandes der Sparkasse der Stadt Halle ist zu entnehmen, daß der Einlagenbestand bei der hiesigen städtischen Sparkasse sich von 10 000 Rentenmark im Januar 1924 auf rund 1½ Million Reichsmark Ende Januar 1925 gehoben hat. Das ist, wie es in der Zuschrift heißt, der Anfang zum Aufstieg.

Vernunftgemäße Einteilung der Bautätigkeit.

Maßnahmen gegen den Bauarbeitermangel.

Dem Amtlichen Preußischen Pressedienst wird aus dem Wohlfahrtsministerium geschrieben: Schon während der Bauperiode des letzten Jahres hat sich an manchen Orten zeitweise ein Mangel an Bau- und Facharbeitern fühlbar gemacht, der sich voraussichtlich mit Eintritt einer gesteigerten Bautätigkeit im Frühjahr noch verstärken dürfte. Um den Nachwuchs im Baugewerbe, an dem es in den letzten Jahren, namentlich in den großen Städten, gefehlt hat, zu fördern, werden die in Betracht kommenden Verbände versuchen müssen, in enger Zusammenarbeit mit den Berufsberatungsstellen die Bereithaltung weiterer Lehrlingsstellen zu erreichen. Die Bemühungen hätten sich weiter auch darauf zu erstrecken, die in andere Berufszweige abgewanderten Bauarbeiter in ihr eigentliches Handwerk zurückzuführen. Das wird um so leichter möglich sein, wenn es gelingt, für eine ausreichende Beschäftigung des Baugewerbes während des ganzen Jahres zu sorgen und die Bautätigkeit über die eigentliche Saison hinaus gleichmäßig auf die Dauer des Jahres zu verteilen. Damit würden die tatsächlich vorhandenen Arbeitskräfte besser ausgenutzt und die Arbeitnehmer festen an ihren gelernten Beruf gebunden. Auf Grund solcher Erwägungen hat der Minister für Volkswohlfahrt folgende Bestimmungen getroffen:

1. Bei dem mit öffentlichen Mitteln unterstützten Kleinwohnungsbau ist eine unnötige Zusammendrängung der Bauausführungen zu vermeiden. Deshalb sind **die aus dem Hauszinssteueraufkommen allmählich fließenden Mittel zur Förderung der Neubautätigkeit (Hauszinssteuerhypotheken) je nach ihrem Aufkommen sofort in vollem Umfange und auf schnellstem Wege dem Baumarkt zuzuführen.** 2. Die Baupolizeibehörden sind anzuweisen, Instandsetzungsarbeiten, die auf Grund baupolizeilicher Verfügungen vorzunehmen sind, tunlichst, nämlich soweit Gefahr nicht in Verzug ist und die baupolizeilichen Erwägungen es auch sonst zulassen, nicht während der Hauptbauzeit zu fordern. 3. Durch Verhandlungen mit den Provinzen, Kreisen und Gemeinden ist in geeigneter Weise darauf hinzuwirken, daß Bauarbeiten jeder Art an ihren Gebäuden zweckmäßig über das ganze Jahr verteilt werden.

Wohnungsbriefkasten.

Zur Beschleunigung der Briefzustellung in den größeren Orten, namentlich in den Großstädten, kann die Bevölkerung wesentlich beitragen, wenn jeder Wohnungsinhaber an seiner Eingangstür einen Briefkasten anbringen läßt. Die Briefträger brauchen dann bei Zustellung freigemachter gewöhnlicher Briefsendungen und Zeitungen nicht auf das Oeffnen der Tür, das häufig erst nach mehrmaligem Klingeln erfolgt, zu warten; auch werden in den zahlreichen Fällen, in denen niemand zu Hause angetroffen wird, mehrfache Gänge vermieden. Weitere erhebliche Vorteile gewährt die Einrichtung dem Publikum selbst. Briefe, die während der Zeit, wo niemand anwesend ist, zugestellt worden sind, werden bei der Rückkehr im Briefkasten vorgefunden, während sie beim Fehlen eines solchen Kastens stets erst nach mehren Stunden oder gar erst am folgenden Tage in den Besitz der Empfänger gelangen. Die Briefträger sind verpflichtet, beim Hineinlegen von Briefen usw. in die Briefkasten den Wohnungsinhaber durch die Türglocke zu benachrichtigen. Eine Verzögerung im Empfang von Postsendungen durch Benutzung von Wohnungsbriefkasten ist also nicht zu befürchten.

Bei Neubauten werden zweckmäßig von vornherein in den Eingangstüren zu den einzelnen Wohnungen Einwurfspalten und an der Innenseite der Türen Briefkasten anzubringen sein. Die Einwurfspalten müssen aber solche Ausdehnungen erhalten, daß von den zustellenden Boten auch stärkere Briefe und Drucksachen hineingesteckt werden können.

Noch zweckdienlicher ist es, eine Briefkastenanlage für das gesamte Haus im Hauseingange oder an der Außenseite der Häuser oder am Gitter der Vorgärten anzubringen, wie dies in einzelnen größeren Orten schon jetzt üblich ist. Die Anlage ist mit soviel getrennten Einwurföffnungen unter- und nebeneinander versehen, als Wohnungen oder Geschäftslokale vorhanden sind. Unter der Einwurföffnung ist das Stockwerk oder der Name des Wohnungsinhabers oder beides angegeben. Neben der Einwurföffnung oder an sonstiger passender Stelle in einer der Lage der einzelnen Briefkastenabteilungen entsprechenden Anordnung befindet sich der Druckknopf einer elektrischen Klingel, die beim Einwurf von Sendungen zur Benachrichtigung des Wohnungsinhabers zu benutzen ist.

* **Wiederanziehen der Fleischpreise.** In der vergangenen Woche waren die amtlich vereinbarten, von den meisten Fleischern aber kaum beachteten Fleischpreise im einzelnen ein klein wenig zurückgegangen. Die Freude währte jedoch leider nicht lange. Aus der Vereinbarung, die zwischen der Preisprüfungsstelle und der Fleischerinnung getroffen worden ist, ist ersichtlich, daß die Preise nicht nur den Stand der vorigen Woche wieder erreicht, sondern teilweise sogar darüber hinausgegangen sind. Für den Kleinhandel gelten folgende Preise: Keule 1,20 bis 1,30; Koteletten 1,20 bis 1,30; Bauch 1,10 bis 1,20; Schinken 1,60 bis 2,40; ger. Speck 1,20; Schweineschmalz 1,20; Blut- und Leberwurst 1,10 bis 1,20; Knackwurst und Mettwurst 1,30 bis 1,40; Zervelatwurst 1,60 bis 2,40. Auf dem Wochenmarkte wurden die nachstehenden Preise bezahlt: Rindfleisch: Brust- und Bauchfleisch 0,90 bis 1; Keule 1 bis 1,20. Kalbfleisch: Schnitzel 1,60 bis 2,20; Keule 1,40 bis 1,60. Hammelfleisch: Koteletten 1 bis 1,20; Kochfleisch 0,80 bis 0,90 Mk.

* **Die Auszahlung der Zusatzrenten für Kriegshinterbliebene** für den Monat März erfolgt gegen Vorzeigung der Ausweiskarten beim städtischen Jugendamt vom 13. bis 17. März von 9 bis 12 Uhr vormittags, und zwar für die Buchstaben A bis G am Freitag, dem 13. März, H bis L am Sonnabend, dem 14. März, M bis S am Montag, dem 16. März, St, Sch bis Z am Dienstag, dem 17. März. Für die Buchstaben A, B, C, H, M und Sch erfolgt Auszahlung in der Kasse des Jugendamtes, Zimmer 130, während die Auszahlung für die anderen Buchstaben Rathausstraße 6 I, Zimmer 11, erfolgt. Zur Vermeidung unnötigen Andranges ist die Innehaltung der angegebenen Tage dringend geboten. Die Auszahlung der Zusatzrenten an empfangsberechtigte Kriegsbeschädigte findet für die Buchstaben A bis K am Freitag, dem 13., und für die Buchstaben L bis Z am Sonnabend, dem 14. März 1925, beim Fürsorgeamt Zimmer 14 statt.

* **Halle als Fremdenstadt.** Nach Mitteilung des Statistischen Amtes sind in den hiesigen Gast- und Logierhäusern im Februar d. J. 6620 Fremde abgestiegen. Im Februar 1924 waren es 6908, im Februar 1914 8425 Fremde.

* **Volkszählung 1925.** Die Reichsregierung hat dem Reichstag einen Gesetzentwurf über Erhebungen über die Bevölkerungszahl, die berufliche Gliederung der Bevölkerung und die Struktur unseres Wirtschafslebens zugehen lassen. Aus erhebungstechnischen und finanziellen Gründen soll zum ersten Male die Volkszählung und die Berufs- und Betriebszählung als einheitliches Zählungswerk gemeinsam durchgeführt werden. Als Zählungstag ist der 16. Juni 1925 in Aussicht genommen. Die statistischen Aufnahmen werden von den Landesregierungen bewirkt werden, die unmittelbare Ausführung der Zählung wird den Gemeindebehörden obliegen.

* **Die Arbeiter-Samariterkolonne Halle** ersucht uns um Bekanntgabe folgender Feststellungen: An dem letzten Aufmarsche der „Roten Frontkämpfer" waren auch Sanitäter in Frontkämpferuniform beteiligt, die als Abzeichen Armbinde mit weißem Kreuz auf rotem Felde trugen. Es ist behauptet worden, daß es sich um die Arbeiter-Samariterkolonne gehandelt habe, die sich für die kommunistischen „Frontkämpfer" habe mißbrauchen lassen. Es sei daher ausdrücklich festgestellt, daß der Arbeiter-Samariterbund mit der Sanitätsabteilung des RFB. nichts zu tun hat. Der Arbeiter-Samariterbund trägt Armbinde mit weißem Kreuz auf rotem Felde. Das Kreuz hat jedoch die Inschrift ASB., während die „Roten Frontkämpfer entweder gar keinen Namenszug in der Binde trugen, oder aber die Buchstaben RFB. Wir stellen nochmals ausdrücklich fest, daß der Arbeiter-Samariterbund auf Grund seiner Neutralität gegenüber den politischen Organisationen auch mit der Sanitätsabteilung des „Roten Frontkämpferbundes" nichts gemein hat.

* **Autounfall.** Gestern abend fuhr eine mit mehreren Personen besetzte Kraftdroschke die Geiststraße in Richtung Alte Promenade entlang. Beim Einbiegen in die Alte Promenade versagte die Steuerung und das Fahrzeug fuhr gegen die Bordkante. Hierbei brach an dem Kraftwagen die Vorderachse. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

* **Vorsicht vor Falschgeld.** Gewarnt sei vor einem Betrüger, der in den letzten Tagen in Rostock falsche 5-Rentenmarkscheine in den Verkehr gebracht hat. Er hat in den Geschäften Kleinigkeiten gekauft und die Verkäufer durch rege Unterhaltung von der Beachtung der Geldscheine abgelenkt. Der Betrüger ist 30 bis 35 Jahre alt, groß, schlank, hellblond, blaß, trägt schwarzen, weichen Hut, schwarzen Mantel. Die Scheine sind durch unsauberen Druck leicht erkenntlich.

* **Geisteskrank.** Heute gegen 5 Uhr morgens wurde eine 56 jährige Frau hinter der Genzmerbrücke hockend angetroffen. Die Frau litt an Verfolgungswahn und wollte sich ein Leid zufügen. Sie wurde ihrer Wohnung zugeführt.

* **Ueberheizt.** Am Dienstagvormittag wurde die Feuerwehr nach Blumenstraße 13 gerufen, wo durch Ueberheizen einer Feuerungsanlage lagernde Braunkohle entzündet worden war. Nach 20 Minuten Tätigkeit war die Gefahr beseitigt.

Film und kleine Bühne.

Eine Uraufführung im Ufa-Theater Alte Promenade. Der Ufa-Film „Der letzte Mann", in der Hauptrolle Emil Jannings, der nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland das größte Aufsehen erregt hat, wird nunmehr im Ufa-Theater Alte Promenade am 13. März zur hiesigen Uraufführung gelangen. Dieser Film, der erste deutsche Großfilm, der in den Neuyorker Theatern zurzeit mit außergewöhnlichem Erfolg gezeigt wird, stellt durch die Darstellungskunst des zweifellos zurzeit besten deutschen Schauspielers Emil Jannings, durch die neuartigen photographischen Einstellungen von Karl Freund und die überragende Regiekunst von F. W. Murnau einen Markstein in der Entwicklung der Filmproduktion dar.

Modernes Theater. „Zapfenstreich", Drama von Franz Adam Beyerlein. Der Verfasser des Romans „Jena oder Sedan?" geißelt im „Zapfenstreich" die zum Glück jetzt überwundenen Ehrenauffassungen des uniformierten Kaiserreiches. Der Republikaner wird beim Anschauen und Anhören dieser überlebt hohlen Ehrbegriffe in seinem Bewußtsein, Bürger eines neuen Staates zu sein, gefestigt werden, der Stahlhelmer aber hoffentlich die Fratze erkennen, die jene alten Zustände ihm schneiden. Die Handlung ist spannend und voller Höhepunkte trotz einiger kleiner Unmöglichkeiten. Eine solche z. B. ist der — na sagen wir mädchenhafte — Leutnant v. Lauffen Fred Willerts, dessen graziös gerafftes Offiziersröckchen nur noch himmelblaues Futter hätte haben müssen. Nein, mit dem schmachtenden Klappern der hirschledernen Augendeckel rettet man vor dem Publikum seine durch die Haltung eines dekadenten Liebhabers sowieso gefährdete Situation nicht! So bestritt Fred Willert den belustigenden Teil der Unterhaltung, Seite an Seite mit dem köstlichen Ulanenpolacken Michalek Richard Geyers, der Lachsalven auslöste und in der Nebenrolle auch noch den Rittmeister v. Bannewitz machte. Carl W. Stolzing zeigt das gewohnte souveräne Spiel als Leutnant v. Höwen. Der Wachtmeister Volkhardt wurde von Willi Schur im Schnitt der altwilhelminischen Zeit erschütternd gespielt und hatte in dem tragischen Konflikt ausgezeichnete Partner in Richard Erlecke (Sergeant Helbig) und Friedel Höfler (Klärchen Volkhardt). Der Vizewachtmeister Queiß (Hans Weitze) als Weiberfeind war ein Labsal für Junggesellen und der richtige Unteroffizier. So sieht man die altbekannten Gesichter gegenwärtig in einem Zusammenspiel, das dem hallischen Publikum gewissermaßen vor Augen führt, was es demnächst verliert. Denn nur noch ganz kurze Zeit wird man sich an Willi Schur und seinem Personal delektieren können. Wir wollen hoffen, daß Halle ihn bald wiedergewinnt. R. M.

In der „Rakete" (Halles Kleinkunstbühne) ist wieder Brillantfeuerwerk. Allen voran Hanny Hanitta, die Jüngerin Terpsichores mit dem bildschönen geschmeidigen Körper, dessen spielende Eleganz eine in jeder Bewegung disziplinierte Technik verrät. Wir sahen jüngst die strenge Tanzschönheit der Wolzogen und wunderte sich über die Armseligkeit des Einfalles. Angesichts der Kunst der Hanitta erkennt man, daß dem Publikum mit dem unendlich ästhetischen Tanz der Wolzogen nicht alles gesagt schien. Was jener fehlte, die leise werbende Sinnlichkeit im Rahmen von Aesthetik und Schönheit, der Tanz der Hanitta offenbart sie in wundervoller Harmonie. Statt der Hanitta steht im Programm William Schüff an der Spitze. Es ist noch nicht heraus, ob er im Stegreifdichten, Klavierhumor oder in seinem Sächsisch sein Bestes leistet. Lilly Seybold als Vortragskünstlerin ist sympathischer als die Lu Deria im letzten Programm. Von den vier Kletts im Tirolerhütl sei besonders die weiche und doch mächtige Altstimme gelobt. Max Dietze zeigt einen bibelfesten Humor. Außerdem sind da noch die Antipodenspiele von Mirzel Tietch und das weinlaunige Draicher-Duo zu erwähnen, last not least das Labial für musikalische Feinschmecker: Roesner, Klemmer, Müller. W.

Unterbezirkskonferenz für Halle-Saalkreis.

Am Sonntag, dem 15. März, vormittags 10 Uhr, im „Volkspark" (Kartellzimmer)

Unterbezirkskonferenz.

Tagesordnung: **Die Wahl des Reichspräsidenten.** Referent: Genosse Petersdorff.

Zu dieser Konferenz müssen alle Ortsbezirke von Halle sowie die Ortsvereine des Saalkreises Delegierte entsenden.

Wir bitten, vollzählig und pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Lochau. „Wieder Sachsengänger." Unter dieser Stichmarke erschien in den Kapitalistenblättern Halles kürzlich folgende Notiz: Zum erstenmal seit 1914 sind hier wieder die von früher her bekannten Sachsengänger eingetroffen. Ein solcher Transport langte vorige Woche auch auf dem hiesigen Rittergute an. Teile der einheimischen Bevölkerung allerdings sind hierüber nicht erfreut, da sie meinten, die Arbeitslosigkeit werde durch den Zuzug fremder Arbeitskräfte nicht vermindert. Welche Last würde von den Schultern des Staates genommen, wenn es sich ermöglichen ließe, auch in der Landwirtschaft nur mit einheimischen Arbeitskräften auszukommen dann könnten große Mittel für Erwerbslosenunterstützung gespart werden." — Das ist es ja eben! Die sich bei jeder Gelegenheit als die wahren Patrioten aufspielenden Agrarier ziehen die billigeren und willigeren Ausländer (von ihnen sonst verächtlich als Polacken beschimpft) vor, weil ihnen sowohl die Finanzlage des Reiches als auch das Schicksal unsrer Erwerbslosen vollkommen gleichgültig ist. Die agrarischen Herrschaften wissen, was sie an der mit Hilfe der Kommunisten zur Macht gebrachten Rechtsregierung haben.

Aus dem Gerichtssaal.

Liebenswürdigkeiten unter schwarzweißroten Brüdern

Der große Aesthet Fr. Th. Vischer hat als eine schlimme Tücke des Objekts bezeichnet, wenn es nicht vorhanden ist. Den Schwarzweißroten macht diese „Tücke des Objekts" schwer zu schaffen. Sie finden für ihren reckenhaften Mut der meuchlerischen Verleumdung nicht mehr politische Objekte, von denen sie ernst genommen werden, und da werden ihnen die — Subjekte in den eigenen Reihen zu Objekten des Angriffes. Wir Republikaner blicken amüsiert in die politische Kampfarena der Schwarzweißroten hinab und ergötzen uns an einem Hanswursttheater, das einige wilhelminisch gestreifte Politikanten auf die Beine bringt. Personen: Schwilling der Wandelbare und Herr Poche, seines Zeichens deutschnationaler Parteisekretär. Vorspiel in der bekannten Gerecke-Versammlung im „Neumarktschützenhaus". Schwilling: „Ich prostituiere! — Verzeihung: protestiere!" Wogegen, hat Schwilling offenbar selber nicht gewußt, aber das ist auch gar nicht nötig. Die große Geste lohnt sich immer. Da schwoll dem Poche das schwarzweißrote Herz unruhvoll, und er machte besagtem Herzen mit der Feststellung Luft, daß „Schwilling alle Parteien durch sei und im A. und S.-Rat gesessen habe". Schwilling aber trommelte kampfesdurstig seine Heldenbrust und — lief zum Kadi. Unsere Gerichte müssen in Nahrung gesetzt werden; sie haben zu wenig zu tun. Darum übernahmen sie das Nachspiel der Hanswurstiade und verurteilten beide beleidigten Beleidiger, nämlich Poche zu 150 Goldmark, Schwilling zu dito 50. Außerdem wird beiden die Ehre zuteil, ihre werten Namen in der „Halleschen Zeitung" zu lesen, die das Urteil veröffentlichen muß.

Die Dummen werden nicht alle. Eben aus dem Gefängnis entlassen, gedachte der Händler Heinrich Gr. sich nach Köln zu begeben. Dafür zeigte die Verwaltung kein Verständnis, sondern entließ ihn mit 2,50 Mk. nach Halle, weil er hier seinerzeit verhaftet worden war. Sein Erfindergeist gab ihm sofort ein, als Sammler die, die nie aussterben, zu rupfen. Gr. fertigte also Listen an, sammelte darauf „für bedürftige Gefangene", dann wieder suchte er nach Erkundigungen in Gasthöfen usw. Mädchen mit Kindern und kinderreiche Familien auf, denen er Bittschreiben an einen Dr. Laufer (Ordnungszelle) anfertigte, die er mit „Divisionsstab der Heilsarmee" unterzeichnete. Für diesen Nepp wurde Gr. nun auf 9 Monate ins Gefängnis gesteckt.

Der faszinierte „Herr Einbrecher". Nach der Entlassung aus der Fürsorgeerziehung, in die ihn ein Eigentumsvergehen gebracht hatte, war der 23jährige Richard Th. ohne Arbeit und demzufolge auch mittellos. Hunger trieb ihn dazu, an einem Spalier des Grundstücks Bernburger Straße 4 emporklimmend, in eine Speisekammer einzudringen. Nachdem strebte er weiter und geriet in — das Schlafzimmer dreier Jungfrauen. Das Bild, weil ungewohnt und reizend, fesselte Th., so daß er noch einmal, das Idyll zu schauen, zurückkehrte. Da besann er sich seines Daseins, das doch nicht ohne Zweck ist, entnahm der Kommode eine Brieftasche mit 80 Mk. Inhalt und einen Paß. In diesem Augenblick erwachte eines der Mägdelein. Erschreckt entfloh Th. Seine Tat zeigte er selbst an, in dem Schreiben beteuernd, daß er künftig ein wohlgefällig Leben zu führen beabsichtige. Den Jungfern sandte er Entschuldigungsschreiben ins Haus. Daß das Gericht für das Bestreben des Angeklagten, sein Gewissen zu beruhigen, wie er versichert hatte, wenig Verständnis zeigte, nimmt nicht wunder. Es schickte den reuigen Sünder wegen schweren Rückfalldiebstahls auf ein Jahr ins Gefängnis.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250311-19/fragment/page=0005
DFG

Aus der Provinz.

Die Finanzlage der Provinz Sachsen.

Steigerung der Umlage von 8 auf 14 Prozent. / Landtagszusammentritt am 31. März. / 300 000 Mark für den Neubau eines Kinderheims.

Der Provinzialausschuß hielt dieser Tage wieder eine Sitzung ab, um den Entwurf des Haushaltplans für das Rechnungsjahr 1925 und einige andere dem in Kürze zusammentretenden Landtag vorzulegenden Vorlagen festzustellen. Der Landtag soll nicht, wie ursprünglich vorgesehen, zum 24. sondern zum 31. März einberufen werden. Der den Abgeordneten demnächst zugehende Etat schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit **50 450 000 Mark gegen 22 524 950 Mark im Vorjahre.** Worauf dieser für den ersten Augenblick sehr hoch scheinende Mehraufwand zurückzuführen ist, werden wir demnächst bei der ausführlichen Besprechung des Haushaltsplanes näher erläutern. Für heute sei nur festgestellt, daß der Hauptanteil an der Steigerung der Etatsziffern auf die Provinzialstraßenverwaltung entfällt, die bei einem Gesamtetat 9 450 000 Mark einen Zuschuß von 6 940 000 Mark erfordert. Die ungewöhnlich hohen Aufwendungen sind aber erforderlich, um das über 2000 Kilometer umfassende provinzielle Straßennetz nach und nach den Anforderungen des Kraftwagenverkehrs in Kleinpflasterbahn entsprechend umzubauen.

Durch Provinzialabgabe müssen **7 070 000 Mark gegen 3 369 950 Mark** aufgebracht werden, was einer Umlage von 14 Prozent der nach § 23 des Gesetzes vom 30. Oktober 1923 umlagefähigen Reichseinkommen- und Körperschaftssteuerüberweisungen und 14 Prozent der Realsteuern bedeutet. Im laufenden Jahre wurden 8 Prozent Umlage erhoben. Die Verdoppelung der Provinzialabgabe, die für eine ganze Reihe von Gemeinden und Gemeindeverbände von geradezu katastrophaler Wirkung gewesen wäre, wurde nur dadurch verhindert, daß eine runde Million von dem 1 376 997 Mark betragenden Verwaltungsüberschusse aus dem Inflationsjahre 1923 in den Etat für 1925 als Einnahme eingestellt worden ist.

Nachdem einige neue Landtagsabgeordnete der Rechten festgestellt worden waren, wurde eine Vorlage an den Provinziallandtag genehmigt, nach welcher der Provinzialausschuß ermächtigt werden soll, den Provinzialverband an der in Aussicht genommenen Erhöhung des Gesellschaftskapitals der Mitteldeutschen Heimstätte, Wohnungsfürsorgegesellschaft m. b. H. zu Magdeburg, von 200 000 Mark auf 2 Millionen Mark mit einem Betrage von bis zu 300 000 Mark zu beteiligen. Zwecks weiterer Förderung der Elektrizitätsversorgung der Provinz Sachsen soll dem Provinziallandtag ein Beschlußantrag unterbreitet werden, der dahin geht, daß der Provinzialausschuß ermächtigt wird, zur Aufnahme von Darlehen, die für Zwecke der Elektrizitätsversorgung und zwar im besonderen Interesse der Landelektrizität in Halle Verwendung finden sollen, bis zur Höhe von 4,2 Millionen Mark die selbstschuldnerische Bürgschaft zu übernehmen.

Der Provinzialausschuß beschäftigte sich weiterhin mit dem umstrittenen Vorhaben, das Provinzial-Kinderheim Schleusingen, das zur Aufnahme von tuberkuloseverdächtigen oder gefährdeten Kindern dient, zu erweitern. Es soll dem Provinziallandtag vorgeschlagen werden, für diese Zwecke 300 000 Mark in den Haushaltsplan einzustellen; mit deren Hilfe würde sich das Heim derart erweitern lassen, daß in Zukunft 80 tuberkuloseverdächtigen Kindern aus der Provinz Sachsen, die durch die Wohlfahrtsämter anzumelden sind, Aufenthalt gewährt werden kann. — Der Akademie gemeinnütziger Wissenschaften zu Erfurt wurde aus Provinzialmitteln eine einmalige Beihilfe von 1500 Mark gewährt.

Eingehend erörtert wurde schließlich noch der Entwurf eines Provinziallandtags- und Kreistagsgesetzes und in einer Entschließung, die den Abgeordneten des Preußischen Landtags zugeleitet werden soll, verschiedene Abänderungsvorschläge gemacht.

Aufmarsch der „Roten Frontkämpfer".

Aus Bitterfeld wird uns geschrieben:

Wochenlang ertönte durch die kommunistische Presse der Ruf: „Am 8. März auf nach Bitterfeld!" Die Führung der Faustkämpfer faselte im Siegesbewußtsein etwas von 20 000 Mann, während wieder andere, die während der Inflationszeit das Rechnen verlernt haben, von Millionen phantasierten. Gemessen an dem Aufwand, den man machte, war der Aufmarsch dermaßen kläglich, daß wir mit einer Handbewegung darüber hinweggegangen wären, hätte das Lügenblättchen, der „Klassenkampf", nicht trotz der Niederlage von einem gewaltigen Siege gefaselt. Laut Mitteilung dieses Blattes hat sich in Bitterfeld „der Riese gereckt". Wenn er nicht größer ist, als ihn die Bitterfelder Arbeiterschaft mit eigenen Augen gesehen hat, dann braucht die Bourgeoisie wirklich vor einem solch kleinen Knirps keinerlei Angst zu haben. Die Fasciften werden vor diesen Maulkämpfern nicht ins Mauseloch kriechen, weil sie zu gut wissen, daß sie keinen willigeren Vasallen bekommen können. Wenn in Mitteldeutschland nicht eine andere Front stände als die in Bitterfeld aufmarschierte, könnte sich das mitteldeutsche Proletariat wirklich als verloren erklären. Der „Klassenkampf" berichtet weiter, Bitterfeld habe noch nie eine solch mächtige Demonstration gesehen. Hier werden alle unparteiisch denkenden Menschen mit uns einer Meinung sein, daß der Gewährsmann des „Klassenkampf" dreist gelogen hat. Trotz des so gerühmten Massenaufmarsches wagt man es nicht einmal, eine feste Zahl anzugeben. Man faselt von „vielen Tausenden". Dieser Begriff ist ziemlich dehnbar. Wir überlassen es unseren Lesern, selbst zu entscheiden, ob bei einer Teilnehmerzahl von allerhöchstens 2000 von „vielen Tausenden" gesprochen werden darf. Die Häuser sollen sogar geflaggt gewesen sein. (Wer lacht da?) „Die Straßen erzitterten." (Die Redaktion des „Klassenkampf" scheint unser Straßenpflaster schlecht zu kennen.) Die Hälfte der Teilnehmer stellte sich übrigens aus Jugendlichen im Alter von 15 bis 20 Jahren zusammen, und außerdem waren nicht nur aus dem Bezirk Merseburg, sondern auch aus Thüringen usw. die „Massen" erschienen. Dem eifrigsten Beobachter wird es trotz allen guten Willens nicht gelungen sein, festzustellen, daß alle Nichtkommunisten vor Angst zitterten und ihr letztes Stündlein herankommen fühlten, wie der „Klassenkampf" so schön schreibt. Alle Augenzeugen müssen uns aber beipflichten, daß die Bevölkerung noch für keinen Umzug so wenig Interesse zeite, wie für die „Roten Frontkämpfer". Ein Zeichen, daß die Bevölkerung unseres Ortes sich immer mehr von der Moskauer Irrenhauslehre befreit.

Wir wollen zum Schluß nochmals objektiv feststellen, daß man drei Wochen hindurch die eifrigste Propaganda entfaltete. Aus allen größeren Orten des Bezirks waren einige Delegierte erschienen; trotzdem konnte man beim besten Willen in dem Umzuge nicht mehr als 230 Gruppen zählen. Rechnen wir die Fahnenträger sowie die einzelnen „Kommandeure" hinzu, so ergeben sich nicht „viele Tausende", sondern höchstens 2000 bis 2200 Mann, welche Zahl selbst von Mitgliedern der Kommunistischen Partei errechnet wurde. Wie es um die Kommunisten in der einstigen Hochburg Bitterfeld bestellt ist, erkennt man aus der Feststellung, daß bei der Ortsgruppe Bitterfeld der Roten Frontkämpfer nur 20 Mann waren, ebenfalls zur Hälfte Jugendliche. Außerdem sollen in eigenen Kreisen Bemerkungen laut geworden sein, daß sich unter dieser „Masse" viele Nichtmitglieder befunden haben. Da es sich um einen Aufmarsch der mitteldeutschen „roten Front" handelte, also ein recht klägliches Resultat.

Die Arbeiterschaft ist diesem Spuk ferngeblieben; sie wird auch aus diesem Aufmarsch die nötigen Schlußfolgerungen ziehen und in die Sozialdemokratische Partei eintreten, welche allein die Massen hinter sich hat und die wahre Interessenvertreterin des arbeitenden Volkes ist.

Sangerhausen-Eckartsberga.

Am Sonntag, dem 15. März, vormittags 9½ Uhr, findet im Lokal „Herrnkrug" in Sangerhausen eine

Unterbezirkskonferenz

statt. Die Konferenz wird sich mit der bevorstehenden

Reichspräsidentenwahl

beschäftigen. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung müssen alle Ortsvereine und die Ortsvertrauensmänner vertreten sein. Der Unterbezirksvorstand tritt eine halbe Stunde vor Beginn im gleichen Lokal zusammen.

Die Unterbezirksleitung. Erich Brüll.

Sangerhausen. Einheitsfront der Eisenbahner. Als vor einiger Zeit von der Reichsgewerkschaft der Beschluß gefaßt wurde, sich mit der größten Arbeiterorganisation der Eisenbahner, dem Deutschen Eisenbahnerverband, zu verschmelzen, löste dieser Beschluß die ungeteilte Freude aller fortschrittlich gesinnten Angestellten bei der Reichsbahn aus. Zu einer machtvollen Kundgebung im Sinne obigen Beschlusses wurde die am Sonntag in Sangerhausen im „Herrnkrug" abgehaltene Versammlung der Reichsgewerkschaft und des DEV. Als Redner waren Kollege Hofacker (Kassel) für den DEV. und Kollege Barheine (Kassel) von der Reichsgewerkschaft erschienen. Kollege Hofacker schilderte in kurzen Worten den Aufbau der jetzigen Reichsbahn-A.-G. Er verstand es, in fesselnder Weise, den überragenden Einfluß der deutschen Schwerindustrie durch ihre Vertrauensleute im Aufsichtsrat der Reichsbahn-A.-G. den Anwesenden klarzumachen. Das Material, das vom Kollegen Hofacker in klarverständlicher Form über den Versuch der Niederringung der Beamten- und Arbeiterorganisationen vorgebracht wurde, löste die Entrüstung aller Anwesenden aus. Als Kollege Hofacker darauf hinwies, daß der Beschluß der Vereinigung der Reichsgewerkschaft mit dem DEV. die naturnotwendige Folge des geschlossenen Auftretens der Reichsbahngesellschaft sei, fühlte man den Willen der Versammlungsteilnehmer heraus, der geschlossenen Front der Reichsbahngesellschaft die geschlossene Front der Beamten und Arbeiter entgegenzustellen. Dann ergriff Kollege Barheine von der Reichsgewerkschaft das Wort. Er unterstrich die Ausführungen seines Vorredners und erläuterte, warum sich die kleinen Fachgewerkschaften der Vereinigung der Reichsgewerkschaft mit dem DEV. in einer Einheitsorganisation noch widersetzen. Rufe des Unwillens wurden laut, als Kollege Barheine den Partikularismus dieser kleinen unscheinbaren Gruppen, deren Vorsitzende als kleine Könige dem Willen der Mitgliedschaft glauben nicht folgen zu müssen, in treffenden Worten geißelte. Kollege Barheine erläuterte dann den organisatorischen Aufbau der Einheitsorganisation und wies die Notwendigkeit dieses Zusammenschlusses nach. Hierauf eröffnete der Vorsitzende Kollege Koblenz die Aussprache. Ein Kollege aus dem Zugführerstande kennzeichnete treffend die bisherige Zerrissenheit der Angestellten, Beamten und Arbeiter. Alle nachfolgenden Redner versprachen, dem Gedanken der Einheitsorganisation bei der Mitgliedschaft zum Durchbruch zu verhelfen. Wie notwendig der Zusammenschluß dieser beiden Organisationen war, zeigte sich bei der sofort vorgenommenen Vorstandswahl. Begeistert stimmten alle Anwesenden in das von einem Versammlungsteilnehmer ausgebrachte Hoch auf die Einheitsorganisation ein.

Torgau. Freidenkervereinigung. Auch die Freidenkerbewegung hat nun endlich in unserer Stadt Fuß gefaßt. Am vergangenem Freitag hielt die Vereinigung den ersten Vortrag ab, der leider sehr schwach besucht war. Es muß höchste Pflicht sein, daß solche Abende stärker besucht werden. Die nächste öffentliche Versammlung wird noch bekanntgegeben.

Torgau. Der Jahrmarkt. Der jetzt in Torgau stattfindende Jahrmarkt wies trotz des überaus ungünstigen Wetters einen regen Besuch auf. Belustigungen gibt es genau soviel wie Verkaufsstände und Zuckerwaren im Verhältnis aufgebaut sind. Immerhin ist die Kauflust nicht so umfangreich, weil das Geld in jedem Haushalt knapp ist.

Plessa. Wegeverbesserung. In der Bahnhofstraße nimmt die Anfuhr von Streumaterial einen guten Fortgang. Die Gartenstraße ist verbreitert. Die in die Fluchtlinie hineinragenden Gärten werden auf die eigentliche Fluchtlinie zurückgenommen. Hierdurch wird nicht nur dem Verkehr gedient, sondern auch gleichzeitig das Straßenbild verschönt.

Döllingen. Volksversammlung. Die erste Versammlung zur Reichspräsidentenwahl fand hier am Sonntag statt und war sehr gut besucht. Genosse Drescher (Halle) sprach über das Thema „Finanzskandale und Präsidentenwahl". Er fand mit seinem Vortrag allseitige Zustimmung, bekamen die Zuhörer doch ein völlig anderes Bild, als sie bisher aus der hiesigen bürgerlichen und Kreisblattpresse erhalten haben. In der Debatte sprach ein Kommunist, der sehr sachlich sprach. Seine wenigen Anhänger verhielten sich auch recht ruhig, so daß die Versammlung einen würdigen, für alle aufklärenden Verlauf nahm.

Ortrand. Eine Mutterberatungsstunde ist hier für Donnerstag, den 12. März, nachmittags 3½ Uhr im Rathaussitzungssaal angesetzt.

Merseburg-Querfurt.

Merseburg, den 11. März 1925.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt.

Parteigenossen!

Wiederum tritt die Partei an uns heran, um im Kampf für die Wahl des Reichspräsidenten die Schlagkraft und den Aufstieg der Arbeiterklasse zu beweisen. Am 29. März findet die Reichspräsidentenwahl statt. Es gilt, alle Kräfte anzuspannen, um die Erhaltung der Republik zu sichern, um der Arbeiterschaft den Präsidenten der Republik zu erhalten. Der Unterbezirksvorstand hat sich mit den Vorarbeiten zur Wahl beschäftigt und beruft auf Sonntag, den 15. März, vormittags 10 Uhr, nach den „Drei Schwänen" in Merseburg, Lauchstädter Straße, eine

Unterbezirkskonferenz

ein. Tagesordnung: „Stellungnahme zur Reichspräsidentenwahl".

Wir ersuchen alle Ortsvereine, einen Delegierten zu dieser außerordentlich wichtigen Konferenz zu entsenden.

Genossen! Die vergangenen Wahlkämpfe haben die Kasse des Unterbezirks restlos erschöpft. Es ist notwendig, alle Kräfte anzuspannen, um der Partei den Erfolg zu sichern. Wir appellieren mehr denn je an die Opferfreudigkeit der Genossen im Unterbezirk. Die Sammellisten sowie die Einladungen zur Konferenz sind bereits versandt. Wir ersuchen ferner, sofort alle zur Verfügung stehenden Gelder an die Kasse des Unterbezirks abzuführen. Auch die übersandten Wahlfondsmarken müssen sofort verkauft und die Gelder abgeführt werden.

Genossen! Nur wenn jeder seine Pflicht tut, wird es uns gelingen, das Ziel zu erreichen. Darum: **Ran an den Feind!** Es lebe der Kampf! Es lebe die Republik!

Mit Parteigruß **Der Unterbezirksvorstand.**

* **Mitgliederversammlung der SPD. Wieder ruft die Partei zum Kampf auf. Diesmal geht es um den Bestand der Republik. Alle Genossen müssen sich in diesen Tagen der Partei restlos zur Verfügung stellen.** Keiner fehle wenn die Partei ruft. Am Donnerstag, dem 12. März, abends 8 Uhr, findet im „Tivoli" eine Mitgliederversammlung der Partei statt. Die außerordentlich wichtige Tagesordnung, Stellungnahme zur Reichspräsidentenwahl und Wahl der Delegierten zur Unterbezirkskonferenz, muß alle Genossen veranlassen, restlos in der Versammlung zu erscheinen. Keiner fehle.

* **Ortsausschuß des ADGB.** Das Gewerkschaftskartell bittet die Zahlstellenvorstände der Gewerkschaften ihm den zugesandten Fragebogen recht bald wieder zurückzusenden und auch die Gewerkschaftszeitungen für die Funktionäre pünktlicher abzuholen.

* **Gescheiterte Lohnverhandlungen im Baugewerbe.** Die am Freitag stattgefundenen Lohnverhandlungen sind an der Haltung der Arbeitgeber gescheitert. Die Bauunternehmer glauben immer noch, den Bauarbeitern im Bezirk den Handschuh hinwerfen zu können. Oft genug werden die Unternehmer durch das Verhalten der Bauarbeiter gegenüber ihrer Organisation in ihrem Bestreben, die Lebenslage niedrig zu halten, unterstützt. Auf den Arbeitsstellen und sonstigen Zusammenkünften sollte deshalb jetzt für die Stärkung der Organisation des Deutschen Baugewerksbundes eine rege Werbetätigkeit entfaltet werden, das ist um so leichter, als jetzt den früheren Mitgliedern dieses Verbandes die Möglichkeit gegeben ist, ihre Mitgliedschaft unter Anrechnung der alten Rechte wieder zu erwerben. Die Reihen der Organisation müssen gestärkt werden, damit die Pläne der Unternehmer an dem Wall der Organisation zerschellen. Es darf nach der Werbezeit keinen Unorgani-

---

Die bunten Schleier.

Roman von Alfred Schirokauer.

28] (Nachdruck verboten.)

Wenn dieses Weib jetzt, als Braut, wenige Tage vor der Hochzeit, Ferry schon betrog, was würde aus dieser Ehe werden? Sie hatte die Vision, daß ein schwarzer, ekliger Strom von Schmutz sich gegen einen weißen leuchtenden Marmoraltar, auf dem der Bildhauer mit entsetzten Augen stand, heranwälze, hoch aufspritze und den Altar und den Mann begrabe. Sie wußte plötzlich sonnenklar, daß diese Ehe ihn als Menschen und Künstler vernichten würde.

Dann dachte sie daran, daß sie es ihm morgen, gleich morgen früh, sagen müßte. Mit einem Male war ein Triumphgefühl in ihr. Das war die Strafe, daß er diese Larve ihr vorgezogen hatte. Das! Diese unaustilgbare Schmach und Schande.

Doch das Triumphgefühl starb, jäh, wie es aufgestiegen war. Sie schüttelte sich vor ihrer Kleinheit. Nein, nicht sich freuen, nicht schadenfroh sein. Wie unwürdig ihrer!

Aber aus diesem verklungenen Freudengefühl und der Scham über sich selbst erwuchs ihr das Bewußtsein der Unmöglichkeit, zu ihm zu sprechen. Plötzlich bäumte sich das Zartgefühl gegen diesen Schritt unbezwingbar auf.

Sie sollte vor ihn hintreten und sagen: „Dieses Mädchen, in dem du das erste und einzige Weib siehst, das deiner Liebe würdig ist, betrügt dich schon heute mit deinem Handlanger!" Sie mochte es so zart und schonend sagen, wie Worte nur gesagt werden können, er mußte dennoch etwas von Triumph in ihnen jubeln hören. Und sie sollte ihn in diese Schmach hineinstürzen, in diese für den stolzen Mann, mörderische Schmach. Sie, die verschmähte Frau! Gerade sie. Vor keiner anderen würde er so gedemütigt stehen wie vor ihr. Sein Stolz würde es nicht ertragen.

Furchtbares würde geschehen. Er würde das Mädchen töten und sich. Nie wäre ein Mann tiefer gestürzt. Nie hatte ein Mann ein Weib höher gestellt, als er diese — Griechin. Sie war ihm nicht nur Weib, vielleicht gar nicht einmal Weib. Sie war ihm Verkörperung der Schönheit des Griechentums, der Inbegriff des Edelsten auf Erden, alles dessen, das ihn zum großen Künstler erhob, das sein Leben heiligte. Nie wäre ein Mann tiefer gestürzt. Das überlebte seine Selbstachtung nicht und nicht sein Künstlertum. Sie wußte plötzlich, daß mit dem Glauben an dieses Mädchen sein Glauben an sich und seine Schöpferkraft zerbrach. Sie sah vor sich seinen körperlichen und geistigen Untergang.

Ratlos rang sie die Hände. Verzweifelt irrte sie in der Enge ohne Ausweg, bis aus der Ohnmacht und der Liebe das Weib in ihr erstand, das immer im Besten und Rührendsten Mutter ist. Warme mütterliche Gefühle strömten aus dem Herzen in ihren klaren Verstand. Zur Mutter wurde sie, die für ihr Kind handelt, es behütet, ihm alles Böse fernhält.

Schmerz mußte sie ihm bereiten. Ohne tiefe Wunden zu schlagen, war die heillose Verstrickung nicht zu entwirren. Schmerz mußte er leiden. Aber bestehen sollte er als Mensch und als Künstler. Vielleicht dann erst zur letzten Größe heranreifen in dem Leide.

Als der Morgen graute, hatte Gentilla Naßh den einzigen Weg gefunden, den ihre Liebe, ihre unbegrenzte heroische Liebe zu wandeln hatte.

16.

Zwei Tage später wurde Britomartis Tiotix ermordet aufgefunden.

Dörfler fanden sie am frühen Morgen in dem Hohlweg, wenige Schritte vom elterlichen Hause entfernt. Sie lag nur mit einem Hemde bekleidet, in einer Lache schwarzen geronnenen Blutes.

Unterhalb der linken nackten Brust war ein schmaler dünner Stich, tief mit sicherer Hand ins Herz gestoßen. Der Tod mußte fast auf der Stelle eingetreten sein.

Friedlich, die Glieder wie im Schlafe gekrümmt, lag sie in der Morgensonne, schöner als je. Jetzt glich sie erschütternd der Statue des „Mädchens von Phytae".

Die Leute von Kokla alarmierten schreckensbleich das Dorf, sprengten ihre grausame Kunde durch Phytae.

Gespenstige Furcht umkrallte alle. Es schien, als sei dieser blutige Boden der Banditengreuel unheildampfend neu aufgeborsten. Das Wahnsinnsgeschrei der Eltern gellte hinab bis zum Meere.

Ein Mann wankte über die Ebene mit irren Augen. Dreimal brach er in die Knie. Die grauen-durchrieselten Arbeiter und Aufseher, die ihn geleiteten, mußten ihn aufrichten, stützen, tragen. Lange stand er an der Leiche. In den Augen war Wahnsinn. Dann entrang sich seinem Munde ein furchtbarer Schrei. Wie ein Pfahl stürzte er zu Boden. Man trug ihn fort. Erst nach Stunden wich die Ohnmacht, diese linde Güte der Natur.

An seinem Lager saß Gentilla mit flackernden Augen, grau im Gesicht.

Sie nahm seine Hand. Er lag still, ohne Bewegung. Dann begann die Brust mühsam zu arbeiten, er entriß ihr die Hand, warf sich herum und schrie: „Es ist nicht wahr — das kann nicht sein! Das läßt das Geschick nicht zu!"

Sie suchte zu begütigen, zu trösten.

Er sah sie beschwörend an, reckte ihr die Arme entgegen und flehte kläglich: „Weckt mich doch! Sagt mir, daß es ein furchtbarer Traum ist. Das kann Gott nicht zulassen! Wer sollte sich an dieser Schönheit vergreifen!! Diese Lieblichkeit kann keinen Feind gehabt haben! Wer sollte sich an diesem Wunder des Lebens freventlich vergreifen!"

Sie würgte, rang sich durch zu sänftigenden Worten.

Er raste, er wies sie hinaus und raste ungebärdig fort. Sie stand vor seiner Baracke und hörte seine Laute letzter Verzweiflung, seine gellende Auflehnung gegen das Schicksal.

Bebend stand sie mit zerrissener Seele und lauschte auf das uralte Klagegeschrei des titanischen zertretenen Menschen gegen das unerforschliche Walten des Geschickes.

Dann ward es still in der Baracke. Die Tür klaffte auf. Mit verwüsteter Kleidung stürzte Ferry heraus, durch die tote Stadt, in die Schenke, in der die Tote nun aufgebahrt lag, nachdem die Kriminalbeamten der Ausgrabungsstätte ihres Amtes gewaltet hatten.

Zwei Tage saß er hier regungslos, ohne Schlaf, ohne Nahrung. Keiner wagte das Totengemach zu betreten.

Er wurde zum Menschenhasser und Menschenverächter an der Leiche seiner Liebsten. Sie ward ihm zur Märtyrerin der Schönheit, der Güte, der Reinheit und alles dessen, was hocherhaben steht über irdischer Gemeinheit. Zur Märtyrerin und Heiligen wurde sie ihm.

Dann kam er hervor, erteilte Aufträge. Er goß ihre Totenmaske, ihre Hände, ihre Füße, die höchste Formvollendung der Natur dem Vergehen zu entreißen.

Bei dem Begräbnis hatte er sich und sein Leid in der Gewalt. Sie wurde auf der Ausgrabungsstätte beerdigt, an einer auserwählten Stelle, an der Ferry ihr, der letzten Griechin, einen Tempel zu errichten gedachte.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250311-19/fragment/page=0006

sierten, worauf sich jetzt die Unternehmer bei den Lohnkämpfen stützen, mehr geben.

* „Quo vadis“. Ein kolossaler Andrang herrscht allabendlich im Lichtspielhaus „Sonne“ zu dem Monumentalfilm „Quo vadis“, so daß zur Befriedigung des Andranges die Vorführung bis 12. März verlängert ist.

Lauchstädt. Für den Handel mit Backwaren an allen Sonntagen außer dem 2. Weihnachts-, Oster- und Pfingstfeiertag ist von der Polizeiverwaltung die Zeit von 8½–9½ und von 11½–12½ Uhr vormittags festgesetzt. Vom 1. April bis 15. September kommt für dieselbe Zeit der Handel mit frischem Gemüse und Obst, sowie Fleisch- und Fischwaren hinzu. Der Milchverkauf ist auf 7–9½ und 11½ bis 1 Uhr festgelegt.

Querfurt. Einbruchsversuch. Bei dem Versuch, einen Einbruch in das Geschäft von Horstmann in der Nebraer Straße vorzunehmen, wurde am Sonntagabend der 20jährige Alfons St. von hier gestört. Ein herbeigerufener Polizeibeamter entdeckte den geflohenen Einbrecher auf dem Boden des Hauses unter einem Bett versteckt und nahm ihn fest.

Mansfelder Lande.

Eisleben, den 11. März 1925.

Unterbezirk der SPD. für die Mansfelder Kreise.

Die für den 29. März anberaumte Reichspräsidentenwahl verpflichtet uns, sofort alle notwendigen Vorbereitungen zur Durchführung der Wahl zu treffen. Wir berufen deshalb zum **Sonntag, dem 15. März, vormittags 11 Uhr,** nach dem „Volkshaus“ zu Eisleben eine

Konferenz der Ortsvereinsvorsitzenden sowie der in den kommunalen Körperschaften tätigen Genossen

ein.

Da es sich um eine äußerst wichtige Besprechung handelt, ersuchen wir alle in Betracht kommenden Genossen, unbedingt zu erscheinen.

Der Unterbezirksvorstand der SPD. Eisleben.
J. A.: Karl Jänicke.

* **SPD. Funktionärsitzung.** Zur Vorbereitung der Reichspräsidentenwahl findet am Donnerstag, dem 12. März, abends 8 Uhr beim Genossen Herling „Bürgergarten“ eine Sitzung aller in der Partei tätigen Genossen statt. Der Donnerstag ist unbedingt zu reservieren, damit die Erledigung der Arbeiten auch durchgeführt werden kann.

* **Die Frauengruppe der SPD.** wird vielseitigen Wünschen entsprechend vom Vorstand zum Freitag, dem 13. März, abends 8 Uhr, zu einer Versammlung der in der Partei organisierten Frauen nach dem „Bürgergarten“ einberufen. Als Rednerin ist für diesen Abend die uns bestens bekannte Genossin Röpert (Halle) gewonnen worden. Neben der Erörterung von Fragen sozialpolitischen Inhalts wird unsere Genossin besonders die uns bevorstehenden Kämpfe auf politischem Gebiete behandeln und die Notwendigkeit der Mitarbeit der Genossinnen beleuchten. Da eingeführte Gäste zu dieser Veranstaltung Zutritt haben, muß es nunmehr Aufgabe aller Genossinnen sein, für einen starken Besuch zu werben. Wenn jede Genossin ernsthaft bestrebt ist, nur eine unseren Ideen nahestehende Frau als Gast einzuführen, ist viel gewonnen. Vor allem muß dieser Abend reserviert werden, damit es keinerlei Ausreden geben kann. Auch den Genossen sei dringend ans Herz gelegt, ihre Frauen und Töchter auf diese Versammlung hinzuweisen und zum Besuch derselben zu veranlassen. Wenn jeder so arbeitet, wird der Erfolg sicher sein. Tue daher jeder seine Pflicht.

Unterröblingen am See. Tödlicher Betriebsunfall. Der Fördermann Gorisch von hier stürzte auf dem Stolleschacht in einen [illegible] Meter tiefen Blindschacht und zog sich dabei schwere Rippenbrüche und innere Verletzungen zu, so daß der Tod nach einigen Stunden eintrat.

Rundfunk-Programm Leipzig.

Donnerstag, den 12. März.

10 Uhr vormittags: Wirtschaftsrundfunk: Woll- und Baumwollpreise. 10.15 Uhr morgens: Was die Zeitung bringt. 12 Uhr mittags: Mittagsmusik. 12.55 Uhr nachm.: Nauener Zeitzeichen. 1 Uhr nachm.: Börsen- und Pressebericht. 4 Uhr nachm., 6 Uhr und 6.15 Uhr abends: Landwirtschaftliche Preisberichte. 4.30 bis 6 Uhr nachm.: Konzert der Hauskapelle. Dazwischen Sonderdarbietungen von Alexander Laszlo (München). Weimarer Abend. 7.30 bis 8 Uhr abends: Vortrag: Prof. Lienhardt: „Aus eigenen Werken über Thüringen“. 8.15 Uhr abends: Musikalische Darbietungen. Xaver Mang (Baß), Mitglied des Deutschen Nationaltheaters. Das Bläserquintett des Deutschen Nationaltheaters, die Herren Otto Braun, Karl Geist, Albert Weise, G. Seidel, H. Müller. Am Flügel: Dr. Ernst Latzko, Kapellmeister am Deutschen Nationaltheater. Anschließend (etwa 9.30 Uhr): Pressebericht und Hackebeils Sportfunkdienst. 10 bis 11.30 Uhr abends: Tanzmusik (Rundfunk-Hauskapelle).

Wetter-Voransage

Donnerstag: Windwetter: Abwechselnd heiter und wolkig, sehr kalt, Frost (früh bis 6 Grad) auch am Tage noch ziemlich kalt, strichweise etwas Schnee.

Freitag: Vielfach heiter, trocken, früh starker Frost (6 bis 7 Grad), am Tage etwas wärmer als Donnerstag.

Die Eisenbahner vor der Entscheidung.

Einleitung des Schlichtungsverfahrens.

Berlin, 11. März. (Eig. Drahtbericht.)

Am Donnerstagvormittag wird im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Hitzler eine unverbindliche Besprechung zwischen den Vertretern der Reichsbahn und der Eisenbahnerorganisationen stattfinden. Die Streiklage ist gegenwärtig im allgemeinen unverändert. Die weitere Entwicklung hängt von dem Ausgang der Besprechung am Donnerstag ab. Am Mittwoch tagen in Berlin die Organisationen der Eisenbahner.

*

Der Verkehrsausschuß des Reichstags befaßte sich am Dienstag eingehend mit dem Eisenbahnerstreik. Die Regierungsvertreter gaben einen Ueberblick über die Verhandlungen zwischen Reichsbahn und Organisationen sowie über den Streik, ohne dabei etwas Neues vorzutragen. Genosse Bender zerpflückte die Behauptung der Reichsbahnverwaltung, daß die Eisenbahnerlöhne allgemein über den Industriearbeiterlöhnen liegen sollen. Bekanntlich gilt das nur für Ostdeutschland, nicht aber für die Mitte und den Westen. Er warnte die Regierung gleichzeitig, das Streikfeuer nicht zum verheerenden Brand werden zu lassen. — Im Verlauf der Beratung teilte Staatssekretär Geib mit, daß das Reichsarbeitsministerium bereits zu einer Vorbesprechung über die Einleitung des Schlichtungsverfahrens eingeladen habe. Der Ausschuß nimmt diese Mitteilung befriedigend zur Kenntnis und erwartet, daß der Reichsarbeitsminister versucht, den Streik so rasch wie möglich zu beenden.

Schon am Montag hatte die Reichsbahnverwaltung der Presse mitteilen lassen, daß in den nächsten Tagen der Schlichter angerufen werde. Diese Mitteilung zeigte ganz deutlich, daß sich die Reichsbahnverwaltung der peinlichen Situation, in der sie sich befindet, bewußt ist. Sie weiß, daß die jetzige Arbeitszeitregelung unhaltbar ist, sie weiß auch, daß die jetzt gezahlten Löhne für den Durchschnitt der Eisenbahnarbeiter menschenunwürdig sind. In der Ortsklasse C, die für die Masse der Eisenbahnarbeiter in Frage kommt, werden in der Lohngruppe 8 für den Mann pro Stunde 56 Pf., für den Tag 5,04 Mk. und für den Monat 131,04 Mk. gezahlt; in der Lohngruppe 6 pro Stunde 43 Pf., pro Tag 3,87 Mk. und für den Monat 100,62 Mk. Davon gehen ab die Soziallasten in Höhe von 17 bis 20 Prozent und die Steuern. Nimmt man eine Lohnperiode von 5 Wochen, so bedeutet das in dieser Zeit den Abzug eines ganzen Wochenlohnes. Zu gleicher Zeit wächst infolge der kärglichen Entlohnung die Krankenziffer und damit die Belastung des Lohnes. Wir haben heute z. B. in Berlin bei 28 193 Kassenmitgliedern in der Reichsbahnbetriebskrankenkasse einen Krankenstand von 9 Prozent und eine Beitragshöhe von 9,9 Proz. Die Ziffern geben den Stand von Anfang Januar 1925 wieder. Sie zeigen, daß die Arbeitskraft der Eisenbahner zermürbt ist und daß der Kampf der Eisenbahnerorganisationen um Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung buchstäblich ein Kampf ums Leben ist.

Mahnung zur Solidarität.

An alle Eisenbahner, Arbeiter und Beamten!

Seit einer Woche stehen die sächsischen Eisenbahner im Streik zur Erkämpfung eines menschenwürdigen Lohnes und des Achtstundentages. Es gibt keine Gruppe von Arbeitern, die so schlecht bezahlt wird wie die Eisenbahner, keine Gruppe, die eine so lange Arbeitszeit hat wie die Eisenbahner.

Darum, Eisenbahner, fordern wir Euch auf, den Kampf unserer sächsischen Kollegen zu unterstützen.

Arbeiter und Beamte, der Kampf, den die sächsischen Eisenbahner führen, ist auch Euer Kampf. Darum übt Solidarität. Leistet keine Streikbrecherarbeit. Die Arbeiter und Beamten, die sich bisher dazu verleiten ließen, müssen sofort diese Streikbrecherarbeiten aufgeben. Niemand darf weiter Streikbrecherdienste leisten.

Eisenbahner, übt Solidarität. Harrt des Augenblicks, wo auch Ihr dem Kampfruf Folge zu leisten habt.

Deutscher Eisenbahnerverband, Ortsgruppe Halle.

*

Wie zeitgemäß dieser Aufruf zur Solidarität aller Schaffenden der Reichsbahn ist, geht allein schon aus den Bemühungen der Reichsbahndirektion Halle hervor, die der Presse die Sympathieerklärung der Beamtenorganisation zwar kurz zur Kenntnis gibt, doran aber die Hoffnung knüpft, daß „die Beamtenorganisationen ihre Mitglieder zum Streik nicht aufrufen und daß die Beamten sich ihrer Dienstpflichten bewußt bleiben werden“. Mit anderen Worten: Die Beamten sollen den um ihre nackte Existenz ringenden Lohnempfängern in den Rücken fallen. In einer von der Reichsbahndirektion verbreiteten Pressenotiz heißt es:

„Sollten wider Erwarten Beamte sich der Streikbewegung anschließen oder den Streik mittelbar dadurch unterstützen, daß sie die ihnen obliegenden Arbeiten nicht nach besten Wissen und Können erledigen oder **sich weigern, ihnen aus Anlaß des Streiks übertragene, sonst nicht von ihnen wahrzunehmende Dienste, z. B. Arbeiterdienste, zu verrichten oder diese Dienste ebenfalls nicht unter vollem Einsatz ihrer Kräfte verrichten,** so machen wir auf folgendes aufmerksam: **Die Beamten haben kein Streikrecht.**“

Beamten, die trotz dieser auf Veranlassung der Reichsbahnhauptverwaltung erlassenen Verfügung sich weigern, Verräterei an den Klassengenossen zu üben, wird mit der Einleitung des förmlichen Disziplinarverfahrens mit dem Ziele der Dienstentlassung gedroht. Die Reichsbahnhauptverwaltung glaubt also immer noch ernstlich daran, daß es möglich sei, durch solche juristische Spitzfindigkeiten einen Reichsbahnbeamten, der nicht mehr Reichsbeamter ist und nicht mehr dem Reichsbeamtengesetz untersteht, von einem zur Erhaltung seiner bedrohten Existenz unbedingt notwendigen Kampfe abhalten zu können. Diese Einstellung der Reichsbahnhauptverwaltung ist nicht danach angetan, daß das Wirtschaftsleben vor größerem Schaden bewahrt bleibt, denn die Reichsbahnbeamten werden in ihrer großen Mehrzahl bis auf die so hoch bezahlten höheren Beamten, die diesen Aufruf verfaßt haben, sich durch solche Angstaufrufe der Verwaltung nicht davon abhalten lassen, ihre Existenz durch geordnete gewerkschaftliche Kämpfe zu verteidigen. Die Drohung mit den Disziplinargerichten wirkt so lächerlich wie im Jahre 1922, und es wäre besser, wenn die Gewalthaber in Berlin den Eisenbahnern praktisch vor Augen führten, wie man mit 17 bis 25 Mk. in der Woche eine Familie ernähren soll. **Die nächsten Tage werden lehren, daß man durch derartige Aufrufe die Stillegung des gesamten Eisenbahnverkehrs nicht aufhalten kann.**

Zum Kampf entschlossen.

Frankfurt a. M., 11. März. (Eig. Drahtbericht.) Eine Konferenz, die von 36 Ortsgruppenvertretern des DEV. und der RG. gemeinschaftlich besucht war, nahm eine Entschließung an, in der es heißt: „Den Verhandlungsleitern der Organisation spricht die Konferenz das vollste Vertrauen aus. Sie haben in Uebereinstimmung der Massen im Lande mit äußerster Anstrengung und Entgegenkommen versucht, die Reichsbahnverwaltung zu bewegen, wenigstens die Einkommen der unteren und mittleren Gehalts- und Lohnempfänger zu erhöhen. Eine Verwaltung, die bei jeder Gehalts- und Lohnbewegung erklärt, keine Mittel zu haben, aber trotzdem in der Lage ist, 70 Millionen für „besonders Tüchtige“ als Korruptionszulage auszugeben, darf sich nicht wundern, wenn die Masse zu diesen Ausführungen kein Vertrauen hat. Einer solchen Verwaltung sagen die Konferenzvertreter im Auftrage der von ihnen vertretenen Mitglieder den schärfsten Kampf an.“

Stettin, 11. März. (Eig. Drahtbericht.) In der Vertreterkonferenz des DEV. der Reichsbahndirektion Stettin wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es heißt: „Ist die Verwaltung nicht bereit, freiwillig zu geben, was wir zum Leben gebrauchen, so muß es im Wege des Kampfes mit allen gewerkschaftlichen Mitteln erzwungen werden. Die Eisenbahner stehen fest hinter den Führern ihrer Organisationen, sie sind sich der Schwere des Kampfes bewußt und dennoch zum Kampfe bereit und entschlossen.“

Elberfeld, 10. März. (Eig. Drahtbericht.) Die tarifschließenden Eisenbahnerverbände veröffentlichen folgenden gemeinsamen Aufruf: „Die Bezirksleitungen der vertragschließenden Organisationen des Eisenbahnpersonals im Reichsbahndirektionsbezirk Elberfeld nahmen in einer gemeinsamen Sitzung Stellung zu der durch Ablehnung ihrer Forderungen geschaffenen Lage. Sie haben alle Vorbereitungen getroffen und warten die Beschlüsse der bevorstehenden Beratungen der Zentralleitungen der unterzeichneten Organisationen ab. Diese Beschlüsse werden ohne weiteres durchgeführt werden. Die Verantwortung hierfür trägt die Reichsbahnhauptverwaltung, welche durch ihr Vorgehen bei den Verhandlungen die Lage unnötig verschärft hat. Damit ist die Einheitsfront hergestellt.“

Steinarbeiterstreik.

Seit Mitte voriger Woche stehen die Steinarbeiter in den Steinbrüchen des nördlichen Saalkreises und der angrenzenden Gebiete des Freistaates Anhalt im Streik. In Betracht kommen die Abraumarbeiter, Steinbrecher und Mosaikschläger. Das durch den Krieg und seine Nachwirkungen stark in Verfall gekommene Straßenpflaster vieler Gemeinden zwingt letztere zu erheblichen Neupflasterungen, so daß die Konjunktur in den Steinbrüchen eine gute ist. Um die hohen Gewinne möglichst schnell einzuheimsen, glauben die Steinbruchsbesitzer den Arbeitern den neunstündigen Arbeitstag aufzwingen zu können. Diese Zumutung weisen die Steinarbeiter jedoch weit von sich. Und das mit Recht; denn neben der körperlich schweren Arbeit haben sie häufig noch mit Grundwasser zu kämpfen, was die Arbeit noch unerträglicher macht. Hinzu kommt noch, daß die Brüche fast ausnahmslos außerhalb der Ortschaften liegen, so daß Wege bis zu einer Stunde häufig sind. Der bisher gezahlte Stundenlohn von durchschnittlich 48 Pfennigen ist deshalb auch viel zu niedrig. Der Forderung der Unternehmer stellen die Arbeiter die Forderung der Beibehaltung des Achtstundentages und einer 20prozentigen Lohnerhöhung entgegen. Die Unternehmer lehnten bisher jede zentrale Verhandlung ab. Einzelne von ihnen haben jedoch inzwischen durch den Bruchmeister den Arbeitern wissen lassen, daß sie bereit seien, 50 Pf Stundenlohn bei neunstündiger Arbeitszeit zu zahlen. Dieses Anerbieten wurde jedoch allenthalben abgelehnt. Streikbrecher haben sich bisher nicht gefunden, so daß bei solidarischem Handeln der übrigen Arbeiterschaft der Streik Aussicht auf vollen Erfolg hat. Arbeiter übt deshalb Solidarität.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: F. L. H. Schulz; für Gewerkschaftliches und Lokales: G. Kasparek; für Provinz und Sport: Alfr. Wielepp; für den Anzeigenteil Wilhelm Heraja; sämtlich in Halle. Verlag „Volksblatt“ G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei G. m. b. H. Halle, Harz 42/44.

Wecker
zuverlässig
große Auswahl
verkauft billig
Uhrmachermeister
H. Schindler,
Kleine Ulrichstraße 35
Zahlungserleichterg.

Geschmackvolle
Spe[i]sezimmer
nu solide Fabrikate komplett mit Tisch und Stühlen
750 und 850 Mk
Moderne
Herrenzimmer
kompl. v 650 Mk an
Besichtigung unverbindlich u. lohnend
Evtl. Zahlungserl.
Schneider,
Rich.-Wagner-Str 54

Lumpen
kauft ständig z. höchst. Preisen
Ph. Schwabach, Halle
Raffineriestr. 44

Händler u. Hausierer
aufs Land gesucht. Hoh. Verdienst. Off. unter Berg. Postschließfach 267

Fahrradgummi
Machen Sie ein. Versuch
Viele Aufträge u. Nachbestellungen sind der beste Beweis meiner Leistungsfähigkeit u. anerkannt guten Waren
Fahrradschläuche 90 ₰
extra pa. Qualität 1.10 M
Strapazierdecke 2.95 „
Mantel pa. Qual. 3.50 „
Mantel extr. pa. Qualität 4.25 „
Gebirgsdecke pa. 4.50 „
Gebirgsdeck. extra pa. 5.00 „
Fahrräder 1 J. Gar. 68.00 „
Nähmasch. 10 J. Gar. 98.00 „
Ausführl. Katalog gegen Einsendung 10 Pf. in Briefm.
Emil Levy, Hildesheim 326.

Amtliche Bekanntmachungen

Bad Liebenwerda

Die am 22. und 31. Januar 1924 satzungsgemäß bewirkten Wahlen des Gutsbesitzers Strietz (Neumühl) zum **Teichhauptmann** und des Gemeindevorstehers Haase (Bomsdorf) zum stellvertretenden Deichhauptmann der Uebigauer Deichhauptmannschaft sowie des Kaufmanns Karl Frahm (Liebenwerda) zum Deichhauptmann und des Landwirts und Handelsmannes Leopold Kiehan (Wahrenbrück) zum stellvertretenden Deichhauptmann der zweiten Liebenwerdaer Deichhauptmannschaft werden hiermit von mir auf die satzungsgemäße Amtsdauer bestätigt.

Merseburg, den 12. Februar 1925.

Der Regierungspräsident.

Veröffentlicht!

Bad Liebenwerda, den 7. März 1925.

Der Landrat.

Kreisarbeitsamt Liebenwerda

(Kostenlose Arbeitsvermittlung). Hauptstelle: Liebenwerda, Fernruf 166. Nebenstellen: Elsterwerda Fernruf 55; Bockwitz Fernruf 108; Mühlberg, Fernruf 83 sucht Glockengießer, Lehmformer, Fabrikklempner, bergamtlich geprüften Schachtmeister, Automateneinrichter, Dienstmägde und Frauen für landwirtschaftl. Arbeiten; empfiehlt Hofmeister, Guts- u. Herrschaftsgärtner, Aufseher landwirtschaftl. Arbeiter, Knechte Grubenarbeiter, Förderer, Schlosser Mechaniker Maschinisten, Sattler, Tischler, Bäcker, Fleischer, Molkereigehilfen, Schuhmacher, Maurer, Zimmerer, Dachdecker, Maler, kaufm. Angestellte, Bureau-Angestellte usw. Ferner zu Ostern Lehrlinge: a) Schlosser, Dreher, Mechaniker, Tischler, Sattler, Schuhmacher, Stellmacher, Zimmermann, Maurer, Landarbeiter, Bureau- und Kontorlehrlinge; b) Haus-, Stuben-, Dienst- und Kindermädchen sowie Verkäuferinnen.

Werbe-Beamte
für sofort gesucht. Angemessene Tagesspesen und hohe Provision werden bei entsprechenden Erfolgen zugesichert.
Für diese Tätigkeit geeignete Bewerber wollen Meldung nebst Nachweis ihrer bisherigen Beschäftigung unter V. H. 89 an die Inseraten-Abteilg. dies. Zeitung senden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250311-19/fragment/page=0007

Kunst · Wissenschaft · Leben

Um den schiefen Turm von Pisa.

Unbegründete Alarmmeldungen.

Der schiefe Turm, das berühmte Wahrzeichen der Stadt Pisa, dessen aller statischen Norm hohnsprechende Absonderlichkeit den Glockenturm zu einem Bauwunder der Welt gemacht hat, ist wieder einmal der Gegenstand lebhafter Beunruhigung. Schon vor etwa 12 Jahren waren die sorgenden Blicke Italiens auf den Wunderturm von Pisa gerichtet, der von einem ähnlichen Schicksal bedroht schien wie der Campanile der Markuskirche in Venedig, der am 14. Juli 1902 einstürzte, in der Folge aber wieder aufgebaut worden ist. An eine Rekonstruktion des schiefen Turmes in Pisa wäre indessen angesichts der unzuverlässigen Baugrundverhältnisse gar nicht zu denken, und deshalb hat das italienische Unterrichtsministerium nach der Katastrophe von Venedig sofort einen Ausschuß von Gelehrten und Technikern beauftragt, den Turm und seine Umgebung in technischer, statischer und geologischer Beziehung einer genauen Untersuchung zu unterziehen. Der damals erstattete Bericht dieser Untersuchungskommission gipfelte in dem Satz, daß nur der feste zylindrische Mauerkern dem Sturm der Jahrhunderte widerstanden hat, während die sechs Säulengalerien aus Marmor vom ersten Stockwerk an zu verschiedenen Zeiten größtenteils erneuert worden waren. Die 1910 am Rand der Fundamente und in der Mitte des Turmes ausgeführten Bohrungen ergaben ferner, daß die Fundamente nur 3,6 Meter tief sind und im Durchmesser nur dem festen inneren Mauerkern des 54 Meter hohen Turmes entsprechen. Das Erdmaterial, auf dem die Fundamente ruhen, ist teils sumpfig, teils sandhaltig, und der Druck der gewaltigen Mauermassen hat in diesem nachgebenden Erdreich deutlich wahrnehmbare Lageveränderungen zur Folge gehabt. Die Untersuchung der Wasserverhältnisse ergab endlich, daß sich von Süden nach Norden, also im Gegensinn zu der Neigung des Turmes, eine Quelle hinzieht, die schon in alten Zeiten zu Besorgnissen Anlaß gegeben hatte. Diese Quelle und andere Wasserläufe, die sich immer wieder von neuem einen Weg um die Basis und durch die Fundamente des Turmes bahnten, haben — wahrscheinlich schon bald nach Baubeginn — die unerwartete Senkung verursacht. Man darf annehmen, daß unvorsichtige Eingriffe, namentlich die Ableitung dr untrirdischen Gewässer in eine benachbarte Zisterne, im Zusammenhang mit dem Erdbeben von 1846 noch eine weitere Zunahme der Neigung bewirkt haben, die jetzt insgesamt 3,6 Meter beträgt.

Der schiefe Turm von Pisa war eben schon von Anfang an ein Sorgenkind der Bautechniker und ist es bis zur Stunde geblieben. Es bedarf erst nicht ausdrücklicher Hervorhebung, daß Wilhelm von Innsbruck und Bonannus von Pisa, die im Jahre 1174 den Bau begannen, der erst 1350 zu Ende geführt wurde, den Turm senkrecht ausführen wollten. Die lange Bauzeit ist zweifellos auf die fortgesetzten Senkungen zurückzuführen, deren man nicht Herr zu werden vermochte. Erst im Jahre 1233 fand ein Domwerkmeister namens Benenato den Mut, das Werk fortzuführen, indem er auf der Deckung der dritten Galerie einen Höhenunterschied von 15 Zentimetern herstellte und die Ausgleichung durch entsprechende Verlängerung der Säulen auf der überhängenden Seite der vierten Galerie bewirkte. Als dann 1350 der Bau endlich vollendet war, hatte er im Süden 70 Zentimeter weniger Höhe als im Norden. Das Auswechseln von Säulen, Architraven, Platten und anderen Teilen der äußeren Konstruktion begann nach Ausweis der noch erhaltenen Rechnungsbücher der Dombauhütte gleich nach der Vollendung des Baus im 14. Jahrhundert und setzte sich durch die Jahrhunderte fort.

Schon bei der obenerwähnten zuletzt ausgeführten Untersuchung wurde festgestellt, daß der Unterschied zwischen der Höhe des Turmes im Süden und Norden, der ursprünglich 70 Zentimeter betragen hatte, auf 1,5 Meter angewachsen war, und daß die Abweichung vom Lot 4,30 Meter betrug. Jetzt verlautet, daß diese durch die Bodenverhältnisse des Grundes bedingte Neigung zum Ueberhängen Fortschritte gemacht hat, die für die Zukunft des berühmten Bauwerks fürchten lassen. Die mit der Untersuchung und Beobachtung der Stabilität des Turmes betraute ständige bautechnische Kommission hat durch Vergleich der verschiedenen ausgeführten Messungen mit den in jüngster Zeit vorgenommenen festgestellt, daß zwar im Laufe der Jahrhunderte tatsächlich eine leichte Verschiebung der Stabilitätsverhältnisse eingetreten ist, daß diese Verschiebung sich aber in mäßigen Grenzen hält und überdies den Charakter einer gleichförmigen Umlagerung erkennen läßt. Das neue Gutachten bestätigt die Tatsache, daß die Ursache dieser Verschärfung des Ueberhängewinkels in der Beschaffenheit des Untergrundes zu suchen ist. Die Kommission hält es deshalb für angezeigt, die Aufmerksamkeit der verantwortlichen Stellen der Tiefbauverwaltung auf diesen Punkt zu lenken; gleichzeitig wird aber in dem Bericht ausgeführt, daß eine unmittelbare Gefahr für das berühmte Bauwerk nicht besteht und daß deshalb auch zur Beunruhigung kein Grund vorliegt. Nichtsdestoweniger könne man sich aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die ungünstigen Terrainverhältnisse Vorbeugungsmaßnahmen zur dringenden Pflicht machen. Diese Maßnahmen hätten in der Hauptsache in einer stärkeren Veranlerung zwischen den Wänden und vor allem in der Zuschüttung der in der Nähe des Turmes befindlichen großen Ausschachtungen und Zisternen zu bestehen, die 1839 zum Zweck der Abteilung der unterirdischen Gewässer angelegt worden sind. Daß dem Turm nicht die Gefahr des Einsturzes droht, bestätigt im übrigen auch der Physiker Pater Alfani, der hauptsächlich durch seine Erdbebenforschungen bekannt geworden ist. Auf Grund seiner eingehenden Beobachtungen widerspricht er insbesondere der Annahme, daß der schiefe Turm durch die Wirkungen der beim Läuten schwingenden Glocken nennenswert gefährdet sei. Pater Alfani hält überhaupt dafür, daß man den Graulereien über die drohende Gefahr des Einsturzes des schiefen Turms übertriebene Bedeutung beimischt.

„Der Krieg ist eine heilsame, göttliche Einrichtung.“

Ein genialer Menschenvernichter, Graf von Moltke, gab eines Tages den Friedensdelegierten folgende seltsame Antwort: „Der Krieg ist eine heilsame göttliche Einrichtung; er erhält alle großen und edlen Gefühle bei den Menschen: die Ehre, die Uneigennützigkeit, die Tugend, den Mut, kurz, er verhindert sie, in den scheußlichen Materialismus zu verfallen.“

Wir haben ihn gesehen den Krieg. Wir haben gesehen, wie die Menschen zu närrischen Tieren wurden, wie sie aus Vergnügen, aus Schrecken, aus Hohn, aus Prahlerei töteten. Als das Recht nicht mehr existierte, als das Gesetz tot war, als jeder Begriff der Gerechtigkeit verschwand, haben wir gesehen, wie man Unschuldige erschoß, die man auf einer Straße fand und die verdächtig geworden waren, weil sie Furcht hatten. Wir haben gesehen, wie Hunde, die an der Türe ihrer Herren angekettet lagen, getötet wurden, um neue Revolver zu probieren; wir haben gesehen, wie Kühe, die auf einem Felde lagen, beschossen wurden, aus Vergnügen, ohne sonstige Gründe, nur um Schüsse aus dem Gewehr abzugeben — eine lächerliche Geschichte! In ein Land einfallen, den Menschen töten, der sein Haus verteidigt, die Wohnungen der elenden Bewohner verbrennen, die kein Brot mehr haben, die Möbel zerschlagen, andere Möbel stehlen, den in den Kellern lagernden Wein austrinken, die in den Straßen angetroffenen Frauen vergewaltigen, Millionenwerte zu Staub verbrennen und Elend und Cholera hinter sich zu lassen, das nennt man: „Nicht in den scheußlichsten Materialismus verfallen!“

Der erste Don Jose erzählt.

Eine Unterhaltung mit dem Tenoristen aus der Uraufführung der „Carmen“.

Anläßlich des kürzlich stattgefundenen fünfzigsten Jubiläums der Oper „Carmen“ hat ein Mitarbeiter des „Gaulois“ jenen Paul Lherie besucht, der in der denkwürdigen Uraufführung von Bizets Meisterwerk am 3. März 1875 den Don José sang. Er fand einen alten Herrn, dessen geistige Frische und körperliche Rüstigkeit nicht einen Augenblick daran denken ließen, daß der ehemals berühmte Tenorist bereits das achtzigste Lebensjahr überschritten hat. Mit spannender Lebendigkeit und launigem Humor erzählte Lherie aus dem Schatz seiner ein halbes Jahrhundert zurückliegenden Erinnerungen.

„Als ich meine Rolle erst einmal im Kopf hatte,“ so plaudert der greise Sänger, „stand ich völlig in ihrem Bann, und meiner Kollegin Galli-Marie, der die Partie der Carmen anvertraut war, ging es nicht anders. Auch sie schwärmte in heller Begeisterung für die Rolle und das Werk. Wir probten mit wahrem Feuereifer, und wäre es nach uns gegangen, so hätte es keine Schwierigkeiten gegeben. Aber wir hatten zwei Direktoren, von denen sich der eine, Camille Du Locle, der sich im Nebenberuf als liebenswürdiger Dichter betätigte, mit Begeisterung für den künstlerischen Fortschritt einsetzte, während der andere, Herr de Leuven, ein verknöcherter Reaktionär und obendrein ein griesgrämiger Pedant war. Es hieß, daß er von einem der Teilnehmer der Verschwörung abstamme, der König Gustav III. von Schweden zum Opfer gefallen war. Er schien in der Tat ständig von der Angst geplagt zu werden, mit dem Schatten des ermordeten Monarchen allen möglichen Hindernissen auf seinem Lebensweg zu begegnen. Je weiter die Proben vorschritten, desto mehr verfinsterte sich sein Gesicht. Er hielt nämlich das Stück für im höchsten Grade unsittlich. Diese zügellose Zigeunerin, die einem braven, anständigen Burschen Ehre und Pflicht vergessen läßt, ihre Treulosigkeit und der Messerstich am Schluß, das alles versetzte ihn in Sorge und Unruhe. Ich muß aber der Wahrheit gemäß hinzufügen, daß die Galli-Marié den realistischen Zug der Rolle durchaus nicht etwa, wie manchmal behauptet wird, unterstrichen hätte. Sie spielte die Rolle, wie sie gespielt werden muß, aber ohne jede Uebertreibung. Aber man darf auch die Zeit und ihre Auffassung von Anstand und Moral nicht außer acht lassen. Leuvens Sorge und Zweifel hatten schließlich einen solchen Grad angenommen, daß man sich entschloß, in der Angelegenheit das Gutachten von Emile Perrin, dem Verwalter des Théâtre Français und Oheim unseres Direktors Du Locle einzuholen. Bevor er die Verwaltung der „Comédie“ übernahm, hatte Perrin die „Große Oper“ und die „Komische Oper“ geleitet, wo „Carmen“ jetzt zwischen der „Weißen Dame“ und dem „Schwarzen Domino“ ihr Glück versuchen wollte. Perrin verkörperte geradezu die Tradition „hehren“, sittenstrengen Hauses, in das die Mütter ruhig ihre Töchter führen durften, die jungen „wohlerzogenen“ Mädchen jener Zeit, die ihren zukünftigen Ehegatten in allen Züchten kennenlernten. Dieses staatlich subventionierte Theater war sozusagen eine „Verlobungsschule“. Wenn wir sangen, so hatten wir als Dolmetscher Aubers und Boildieus stets das Bewußtsein, daß eine mit Bravour vorgetragene Arie das Herz der schüchternen Verlobungsanwärter ermutigen, eine schmachtende Romanze den widerstrebenden Vater zur Milde stimmen, ein schmissiges Couplet die schwankenden Paare einander näherbringen und ein mit Leidenschaft gesungenes Liebesduett den Abschluß von zwei oder drei Ehekontrakten im Laufe der Woche beschleunigen konnte. Mit ein wenig Feuer bemühten wir uns hier, das häusliche Glück zusammenzuschweißen. Mit zweideutigen Rollen aber liefen wir Gefahr, unüberbrückbare Unstimmigkeiten zu schaffen oder vorher schon vorhandene Gegensätze weiter zu verschärfen. Darüber gab sich auch Perrin keinem Zweifel hin und danach bildete er auch sein Urteil. Er war der Meinung, daß der Ausgang der Oper zu brutal sei und allen Gepflogenheiten der „Komischen Oper“, wo die Dinge stets gut ausgingen, widerspreche. Man suchte also nach einem Ausweg, und ich sah schon den Augenblick kommen, da man sich trotz Meilhac, Halévy und Bizet entschließen würde, Carmen als reuige Sünderin in den Hafen der legitimen Ehe einlaufen zu lassen. Aber Galli-Marie und ich wollten als Nächstbeteiligte an dieser Sache von dieser sinnlosen Lösung nichts wissen. Auf die Gefahr hin, den ganzen Heerbann der Sitenrichter gegen uns aufzubringen, bestanden wir darauf, unsere Rollen so durchzuführen, wie sie der Komponist geschrieben hatte. Ich persönlich hielt auf meine Rolle um so mehr, als ich es bei Bizet durchgesetzt hatte, daß er in eine dramatische Passage, von der ich mir viel Erfolg versprach, ein die Wirkung steigendes, eingestrichenes B einfügte. Du lieber Gott, man war eben nicht frei von Komödianteneitelkeit! Meine Kollegin und ich hatten schließlich kategorisch erklärt, daß wir, wenn man an unseren Partien etwas ändern sollte, nicht singen würden. Man trug dann endlich auch dieser Drohung Rechnung; man ließ den Dingen ihren Lauf, und das Ergebnis war, wie Sie ja wissen, in jeder Beziehung niederschmetternd.

Von den Sängern, die in der Carmen-Aufführung im Jahre 1875 an hervorragender Solistenstelle mitwirken, leben außer meiner Wenigkeit nur noch die Micaela, das damalige Fräulein Chapuy, das heute Frau Generalin André heißt, und der Escamillo, der von Bouhy, verkörpert wurde. Ich bin erst kürzlich unserer Micaela von damals, die ich in all den Jahren nicht wiedergesehen hatte, im Salon einer befreundeten Familie begegnet. Man stellte uns einander vor, und wir bestätigten uns gegenseitig, daß wir uns beide gar nicht verändert haben. Ich möchte nicht beschwören, daß wir uns dabei streng an die Wahrheit gehalten hätten.“

„In der Welt ändert sich eben alles, mein lieber Don José,“ bemerkte der Besucher. „Wer hätte beispielsweise im Jahre 1875 ahnen können, daß die „Carmen“ einmal den russischen Bolschewisten ihre Hymne liefern würde?“ Worauf Lherie schmunzelnd erwiderte: „Das hätte mich sicher bestimmt, meine Rolle zurückzugeben.“ Er wollte ersichtlich dem Vertreter des royalistischen „Gaulois“ am Schluß der Unterredung noch etwas Angenehmes sagen.

Schule und Zeitung.

Es ist ein allgemein anerkannter Grundsatz der modernen Pädagogik, das den jungen Gehirnen zu übermittelnde Wissens- und Bildungsgut so anschaulich und anziehend wie nur möglich darzustellen. Vorüber ist glücklicherweise die Zeit des öden Gedächtnisdrills, der sich in der mechanischen Einprägung mangelhaft verstandener, weil nicht genügend erlebter Tatsachen und Kenntnisse erschöpfte. Umstritten ist höchstens noch die Frage, ob die oder jene Methode am besten geeignet ist, die anzustrebende und von jedem einsichtigen Schulmann auch tatsächlich angestrebte Einbettung des Lehrstoffes in den Strom des Lebens, wie es wirklich und zwar keineswegs nur für die Erwachsenen, sondern auch für das lernende Kind ist, zu verwirklichen. Es liegt auf der Hand, daß auch die Zeitung berufen ist, hierbei große und wertvolle Dienste zu leisten. Selbstverständlich ist Zeitungslektüre nicht die geeignete geistige Kost für Kinder, aber in der Hand des Lehrers, der sie zu benutzen weiß, ist sie für das lernende Kind von unschätzbarem Wert. Sehr richtig faßt daher der pädagogische Mitarbeiter eines englischen Blattes diesen Sachverhalt dahin zusammen, daß dem Lehrer, der mit der modernen Entwicklung Schritt halten will, heute gar nichts anderes übrigbleibt, als die Zeitung zum Ausgangspunkt und zur Quelle seiner Darlegungen zu nehmen. Im einzelnen führt er aus: „Die Aufsätze und Erzählungen, die in einer guten Zeitung erscheinen, zeichnen sich durch einen musterhaften Stil aus. Manche von ihnen sind wahre Perlen der Literatur und stammen aus der Feder großer Meister ihres Fachs. Der erdkundliche Unterricht wird in denkbar günstigster Weise befruchtet durch die Reiseberichte und auswärtigen Korrespondenten, die die Zeitung bietet. Hinzu kommen die Möglichkeiten, die die Nachrichten über Schiffsbewegungen und gewisse Handelsberichte eröffnen. Der Parlamentsbericht kann dazu benutzt werden, Staatskunde zu treiben und den Geschichtsunterricht in unmittelbaren Zusammenhang mit den Ereignissen der Gegenwart zu bringen, was sehr wohl möglich ist, ohne den Fehler des Politisierens zu machen. Der Wetterbericht, die Veröffentlichungen über neue Fortschritte der Wissenschaft und Technik, die sachkundigen Ausführungen von Fachmännern aus allen Berufen und Wissenszweigen, ja selbst die Anzeigen mit ihrer Fülle von interessanten Tatsachen und Anregungen, kurz, die ganze Zeitung vom ersten bis zum letzten Wort stellt gewissermaßen ein täglich erscheinendes Lexikon dar, das kein Lehrer, der es ernst mit seinem hohen Amte meint, missen kann, vorausgesetzt, daß er nicht darauf ausgeht, tote Puppen zu dressieren, sondern seine Aufgabe vielmehr darin erblickt, lebendige Kinder an der Hand des Lebens dem Leben zuzuführen.“

Ein Telephonparadies. Tertia.

Wie heißt der höchste Berg der Erde?

Der größte Teil der lebenden Generationen hat in der Schule gelernt, daß der höchste Gipfel im Himalaya, der zugleich der höchste Berg der Erde ist, Gaurisankar oder Mount Everest heiße. Daß es sich hierbei jedoch insofern um einen Irrtum handelt, als die beiden Namen ganz verschiedenen Bergspitzen angehören, ist bisher nur sehr wenig bekannt. Werden doch selbst in Fachkreisen die beiden Namen gelegentlich noch auf den gleichen Gipfel bezogen, wie ein Aufsatz von Oberst a. D. Max Schlagintweit in den Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft in München zeigt. Der Verfasser macht darin den Vorschlag, für den Mount Everest wieder den älteren Namen Gaurisankar einzuführen. Er beruft sich dabei auf die Forschungen seines Bruders Hermann von Schlagintweit, die aber fast sieben Jahrzehnte zurückliegen. Dieser Forschungsreisende hatte sich, wie aus neueren Feststellungen einwandfrei hervorgeht, in der Lage des Gipfels geirrt, und A. Herrmann weist auf Grund dieser neueren Forschungen in der Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin nach, daß Gaurisankar und Mount Everest keineswegs miteinander identisch sind. Schon im Jahre 1904 wurde durch Kapitän H. Wood endgültig bewiesen, daß der Gaurisankar etwa 30 Kilometer westlich vom Mount Everest liegt und etwa 700 Meter niedriger ist als dieser, der mit 8882 Meter zweifelsfrei den höchsten Berg der Erde repräsentiert. Bei den wiederholten Versuchen, diesen höchsten Gipfel des Himalaya zu bezwingen, hat es sich auch stets um die Everest-Spitze gehandelt. Der Irrtum Hermann von Schlagintweits ist seinerzeit dadurch entstanden, daß dieser Forschungsreisende seine Vermessungen von einem Punkt aus aufgenommen hatte, wo der Everest fast völlig vom Gaurisankar verdeckt wird. Im übrigen sind zwei Mitglieder der britischen Mount Everest-Expedition von 1921 bis an den Fuß des Gaurisankar (Berg XX der indischen Landesaufnahme) vorgestoßen, wodurch sie seine Lage zum Berg XV, dem Everest, noch genauer fixieren konnten.

Die Tibeter bezeichnen übrigens seit langem den Ueberrest als Tschoma-Lungma, ein Name der „Tal der Göttin“ bedeutet, wozu das tibetanische Wort „ri“ (Berg) zu ergänzen wäre.

Kleines Feuilleton.

Die verhöhnte Schulmedizin. Man weiß, mit welch bitterem Spott Molière sich in seinen Stücken gegen die Unfähigkeit und Unkenntnis der Aerzte seiner Zeit gewandt hat. Er war nicht der einzige, der die Schale seines Hohns über die unfähige Schulmedizin der Zeit ausgoß. So schreibt Massoni, ein italienischer Schriftsteller jener Zeit: „Wenn alle die, die heute, statt die Kranken zu heilen, sie ins Grab bringen, geschunden und ihre Haut gegerbt würde, so würden die Felle der Aerzte bald wohlfeiler sein als die der Esel.“ Der Kardinal Mazarin war noch nicht lange tot, als sein Arzt Guénaut beim Passieren einer belebten Straße von einem Fuhrmann erkannt wurde, der ihm mit den Worten eine Gasse bahnte: „Leute, gebt den Weg dem guten Doktor frei, der die Güte hatte, uns von dem Kardinal zu befreien!“

Teuer bezahlte Deckel von Konservengläsern. Die bemalten Deckel von Konservengläsern, Pomadentöpfen und dergleichen, die man früher achtlos beiseite warf, stehen heute bei englischen Sammlern hoch im Preise. So wurde kürzlich erst ein allerdings durch seinen Bildschmuck besonders wertvoller Deckel einer Konservenbüchse, der mit dem Porträt der Harrit Beecher-Stowe, der berühmten Verfasserin von „Onkel Toms Hütte“, bemalt war, bei einer Versteigerung mit 21 Pfund Sterling bezahlt. Ein anderer bemalter Deckel erzielte den Preis von 18 Pfund Sterling. Solche bemalten Deckel werden jetzt eifrig gesammelt und erzielen bei den Auktionen unverhältnismäßig hohe Liebhaberpreise.

Die letzte Intimität. Manche Menschen vertragen den Ruhm nicht; wenn sie hochgekommen sind, verleugnen sie ihre alten Freunde. Zu dieser Art von Charakteren gehörte auch Felix Faure, der 1899 verstorbene Präsident der französischen Republik. Zu den Duzfreunden des Präsidenten gehörte der damalige Kriegsminister Etienne. Als Faure den Gipfel seiner Laufbahn erreicht hatte, bat er seinen Freund, in seinen Reden den Abstand zwischen sich und ihm schon dadurch zu wahren, daß er ihn nicht mehr mit dem saloppen Du begrüßte. „Aber einmal erlaubst du mir doch noch eine familiäre Anrede?“ bat Etienne. Und als der Präsident ihm diese gewährte, sagte Etienne: „Du bist der größte Idiot unter der Sonne!“

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706752621925O311-19/fragment/page=0008